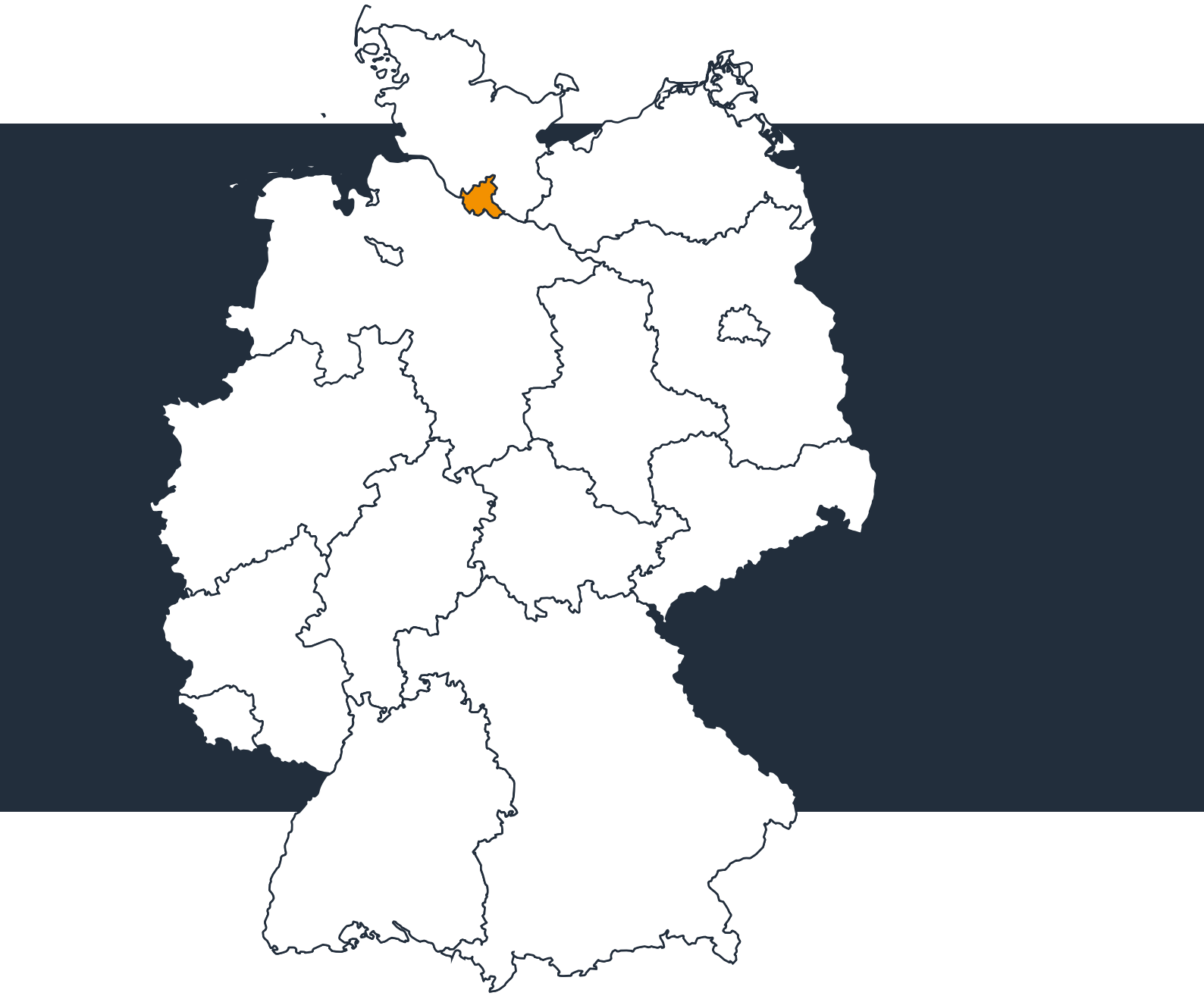
BIM
Berliner Institut für empirische
Integrations- und Migrationsforschung



# Hamburg postmigrantisch.

## Einstellungen der Hamburger Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland

Naika Foroutan, Coşkun Canan, Benjamin Schwarze,
Steffen Beigang, Sina Arnold, Dorina Kalkum

Länderstudie Hamburg

# Hamburg postmigrantisch.

## Einstellungen der Hamburger Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland

Naika Foroutan, Coşkun Canan, Benjamin Schwarze,
Steffen Beigang, Sina Arnold, Dorina Kalkum

Länderstudie Hamburg

## Impressum

Foroutan, Naika/Canan, Coskun/Schwarze, Benjamin/Beigang, Steffen/Arnold, Sina/Kalkum, Dorina (2014): Hamburg postmigrantisch. Einstellungen der Hamburger Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen in Deutschland, Berlin.

Alle Rechte liegen bei den Autoren.

Humboldt-Universität zu Berlin
Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät
Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
Forschungsprojekt „Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)"
Unter den Linden 6
10099 Berlin

**Layout und Satz:**
Poli Quintana/www.interlinea.de

ISBN: 978-3-945654-01-9

Berlin, 2014

**Bildnachweis (Cover):**
© GeoBasis - DE / BKG 2014
http://www.bkg.bund.de
Das Bild wurde durch www.interlinea.de und die Herausgeber bearbeitet.

Das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin (BIM) wird durch die Gemeinnützige Hertie-Stiftung und den Deutschen Fußball-Bund (DFB), die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gefördert und unterstützt.

Die Forschungsgruppe JUNITED – Junge Islambezogene Themen in Deutschland ist ein Förderprojekt der Stiftung Mercator im Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin.

# Autorinnen und Autoren

Naika Foroutan
*Projektleitung & Analyse*
*Stellvertretende Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)*

Coşkun Canan
*Leitung Empirische Erhebung & Auswertung*
*Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)*

Benjamin Schwarze
*Koordination Länderstudie & Auswertung*
*Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)*

Steffen Beigang
*Leitung Empirische Erhebung ZeS-Berlin & Auswertung*

Sina Arnold
*Analyse*
*Mitarbeiterin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)*

Dorina Kalkum
*Leitung Empirische Erhebung ZeS-Berlin & Auswertung*

## Mitarbeit

Rafael Sollorz
*Datenauswertung & Recherche*
*Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)*

# Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---|---|
| Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration | BASFI |
| Behörde für Schule und Berufsentwicklung | BSB |
| Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung | BIM |
| Bundesamt für Migration und Flüchtlinge | BAMF |
| Bundestag | BT |
| Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein | Statistik Nord |
| Bürgerschaft Hamburg | Bürgerschaft HH |
| Junge Islam Konferenz | JIK |
| Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung | LI |
| Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg | MBT Hamburg |
| Open Society Institute | OSI |
| Zentrum für empirische Sozialforschung | ZeS |

# Zentrale Ergebnisse

## Haltung zu religionspolitischen Themen

- Während die Hamburger und Hamburgerinnen religiösen Symbolen im Klassenzimmer grundsätzlich kritisch gegenüberstehen – nur 36,5 % denken, dass diese erlaubt sein sollten –, zeigen sie sich dem Kopftuch bei Lehrerinnen gegenüber aufgeschlossener: 43,9 % der Befragten halten dieses individuelle religiöse Symbol für zulässig.
- Offen zeigen sich die Hamburgerinnen und Hamburger beim Bau von Moscheen: Knapp zwei Drittel sprechen sich gegen Einschränkungen beim Bau öffentlich sichtbarer Moscheen aus.
- Gespalten ist die Hamburger Bevölkerung hingegen bezüglich der Beschneidung von Jungen: Fast die Hälfte aller Befragten will dieses Kernelement des jüdischen und muslimischen Glaubens verbieten. Trotz der rechtlichen Anerkennung dieser Praxis bleiben offenbar die negativen Zuschreibungen, die in der Beschneidungsdebatte vorgenommen wurden, noch aktuell.

## Einstellungen zu Musliminnen und Muslimen

- Hamburgerinnen und Hamburger vertreten mehrheitlich positive Einstellungen – so sieht etwa eine deutliche Mehrheit (71,9 %) Musliminnen und Muslime nicht als eine soziale Belastung an. Der Aussage „Wir sollten Muslimen mehr Anerkennung entgegenbringen" stimmt auch ein hoher Anteil (65,5 %) zu.
- Negative Haltungen sind allerdings nicht niedrig. So stimmen 27,3 % der Hamburger Bevölkerung der Aussage „Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte" zu. Bedroht erachten die Befragten Werte wie Sicherheit und Ordnung, Religions- und Glaubensfreiheit, kulturelle Werte oder das soziale Miteinander.
- Ein Drittel der Befragten stimmt der Aussage „Muslime sind aggressiver als wir" zu und schreibt damit Musliminnen und Muslime nicht nur unveränderliche Eigenschaften zu, sondern markiert sie überdies als klare Fremdgruppe außerhalb des deutschen „Wir".
- Die Bildungsorientierung muslimischer Eltern wird zwar von beinahe der Hälfte der Befragten mit der der Eigengruppe gleichgesetzt. Dennoch gibt es bei 37,1 % derjenigen, die muslimische Eltern als genauso bildungsorientiert wie sich selbst einschätzen, Vorbehalte ihre Kinder in eine Schule zu schicken, in der jeder vierte Schüler muslimisch ist. Hier wirken antimuslimische Stereotype.

## Wissen über Musliminnen und Muslime

- Der Anteil der Musliminnen und Muslime an der deutschen Bevölkerung wird von ca. 70,9 % der Hamburgerinnen und Hamburger überschätzt. 26,1 % überschätzen ihn sogar sehr stark. Diese deutliche Überschätzung des muslimischen Bevölkerungsanteils ist in Hamburg mit einer eher negativen Wahrnehmung verbunden.
- Knapp 60 % der Hamburgerinnen und Hamburger schätzen das eigene Wissen über Musliminnen und Muslime in Deutschland als gering ein. Die verbleibenden ca. 40 % meinen hingegen, sehr bzw. eher viel zu dem Thema zu wissen.
- Als Wissensquellen geben 43,4 % der Hamburger Befragten Gespräche mit muslimischen Personen an. Auch Medien wie Fernsehen und Zeitungen sind zentrale Wissensquellen mit fast ebenso hohen Nutzungswerten.
- Gespräche mit muslimischen Personen gehen bei einer Vielzahl der Hamburgerinnen und Hamburger mit einem weniger von Stereotypen geprägten Antwortverhalten einher.

**Insgesamt zeigt sich Hamburg seiner kulturellen und religiösen Vielfalt gegenüber aufgeschlossen. Das ist vor allem interessant, da die Hansestadt zugleich eine starke Säkularisierung auf Individualebene erlebt. Es lässt sich aber auch eine stabile Größe der Abwehr (ca. 30 %) gegenüber der weit vorangeschrittenen Diversifizierung der Stadt messen. Diesem Anteil an der Bevölkerung kann eine tendenzielle Neigung zu rechtspopulistischen Themen zugeschrieben werden. Entsprechend muss diese Abwehr gegenüber religiösen Minderheiten Grund zur Besorgnis geben und von Politik und Zivilgesellschaft stärker beobachtet und thematisiert werden. Städtische und kommunale Programme der politischen Bildungsarbeit sollten auch jene in die postmigrantische Gesellschaft einzubinden versuchen, die sich derzeit von ihr abwenden. Die Abwehr geschieht teilweise aus Unwissen, aus Angst, aus Verunsicherung hin aber auch aus rassistisch motivierten Gründen. Die Politik muss hier passgenaue Programme für die unterschiedlichen Motivlagen entwickeln.**

# Inhaltsverzeichnis


Zentrale Ergebnisse ..... 6

Einleitung ..... 10

Forschungsstand ..... 14

Methodik ..... 16

**I. Hamburg, eine postmigrantische Stadt: Sozialkultureller und –struktureller Hintergrund** ..... 18

Migrationsstadt Hamburg ..... 19

Musliminnen und Muslime in Hamburg ..... 21

Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Salafismus in Hamburg ..... 23

Zwischenfazit: Plurale Metropole Hamburg ..... 27

**II. Einstellungen der Hamburger Bevölkerung zu religiöser Vielfalt am Beispiel der Akzeptanz von Islam und Muslimen in Deutschland** ..... 28

1. Religionsbezüge: Einstellungen zu religionspolitischen Themen ..... 28

Kulturelle Anerkennung religiöser Vielfalt: Religiöse Beschneidung ..... 28

Sozialräumliche Anerkennung religiöser Vielfalt: Repräsentative Moscheebauten ..... 30

Strukturelle Anerkennung religiöser Vielfalt: Islamischer Religionsunterricht ..... 32

Symbolische Anerkennung religiöser Vielfalt: Kopftuch bei Lehrerinnen ..... 34

Zwischenfazit: Meinungsvielfalt zu religiöser Vielfalt ..... 36

2. Diversitätsbezüge: Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen ..... 36

Zwischenfazit: Hamburg zwischen stabilen Differenzkonstruktionen und Normalisierungsprozessen ..... 42

3. Wissensbezüge: Wissen über Musliminnen und Muslime ..... 43
Einschätzung des eigenen Wissens über Muslime in Deutschland ..... 43
Bezugsgröße: Wie hoch wird der Anteil der Muslime in Deutschland geschätzt? ..... 44
Quellen des Wissens über Musliminnen und Muslime in Deutschland ..... 46
Zwischenfazit: Hamburgerinnen und Hamburger finden, sie wissen wenig über Musliminnen und Muslime ..... 48

**III. Fazit** ..... 50
Abbildungsverzeichnis ..... 52
Literaturverzeichnis ..... 54

# Einleitung

Die vorliegende Studie wurde durch die Forschungsgruppe „Junge Islambezogene Themen in Deutschland (JUNITED)" an der Humboldt-Universität zu Berlin erstellt. Die Studie begleitet mit ihren wissenschaftlichen Ergebnissen die Junge Islam Konferenz (JIK),[1] die im September 2014 erstmalig in Hamburg abgehalten wird. Die Forschungsgruppe JUNITED ist ein Förderprojekt der Stiftung Mercator an der Humboldt-Universität zu Berlin, im Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM).[2] Bei der Forschungsgruppe handelt es sich um ein interdisziplinär aufgestelltes Team aus den Fachbereichen Sozialwissenschaft, Ethnologie, Islamwissenschaft, Politikwissenschaft und der Psychologie.

Die vorliegende Länderstudie zu Hamburg basiert auf einem im Jahr 2014 bundesweit erhobenen Datensatz zu Einstellungen der deutschen Bevölkerung zu Gesellschaft, Religion und Identität. Die Daten wurden in Zusammenarbeit mit dem an der Humboldt-Universität zu Berlin angesiedelten Zentrum für empirische Sozialforschung (ZeS) erhoben.[3]Die Größe des Datensatzes (n=8270) und die disproportional geschichtete Stichprobe erlauben es, Aussagen nicht nur für Gesamtdeutschland, sondern auch für einzelne Bundesländer zu treffen. So wird der Datensatz in einer Bundesstudie und in einzelnen Länderstudien münden: Es ist geplant, im Rahmen des Projektes Junge Islam Konferenz aus dem erhobenen Bundesdatensatz einzelne Länderauskopplungen für jene Bundesländer vorzustellen, in welchen die JIK ausgerichtet wird. Die vorliegende Länderstudie zur Migrationsstadt Hamburg und den Einstellungen ihrer Bevölkerung zum Themenfeld Islam und Muslime stellt die erste solche Auskopplung dar.

Inhaltlich befasst sich die Bundeserhebung mit der Abwertung und Anerkennung von Minderheiten in Gesellschaften, die von Migration geprägt sind. Der Umgang mit kulturellen, ethnischen,[4] religiösen und nationalen Minderheiten wird hierbei exemplarisch am Beispiel der Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen in Deutschland als der größten religiösen Minderheit in diesem Land erhoben. Die Islam- und Muslimbilder dienen dabei als Gradmesser der gesellschaftlichen Haltung gegenüber einer sich pluralisierenden und heterogenisierenden Gesellschaft, die hier als postmigrantisch bezeichnet werden soll.

Die Forschungsgruppe geht der Fragestellung nach, welche Einstellungen zu Gesellschaft, Religion und Identität sich bei der Bevölkerung in Deutschland erheben lassen, *nachdem* sich von politischer Seite die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass Deutschland ein Einwanderungsland oder – mehr noch – eine Migrationsgesellschaft (Broden und Mecheril 2007) geworden ist, die von Migration in Form von Zu- und Abwanderung geprägt ist. In Politik und Gesellschaft hat sich die Wahrnehmung durchgesetzt, dass Migration kein temporärer Status

1 Website der JIK: http://www.junge-islamkonferenz.de

2 Website des BIM: http://www.bim.hu-berlin.de

3 Website des ZeS: http://www.sowi.hu-berlin.de/lehrbereiche/empisoz/zes

4 „Ethnisch" beschreibt die Fremd- wie auch Selbstzuschreibung zu bestimmten Gesellschaftsgruppen. Merkmale und Zugehörigkeitskriterien von Gruppen unterliegen allerdings einem beständigen Wandel, so dass die Vorstellung von festen, klar abgrenzbaren und quasi-natürlichen „Ethnien" die Gefahr der Essenzialisierung, Festschreibung und Vereinheitlichung läuft. In der vorliegenden Studie werden diese Begriffe sozialkonstruktivistisch verwendet: Sie dienen der Anerkennung bestehender Fremd- und Selbstzuschreibungen (etwa als „kurdisch" oder „sorbisch") bei dem gleichzeitigen Wissen darum, dass diese Zuschreibungen und Zugehörigkeiten gerade in der postmigrantischen Gesellschaft von Wandel und Widersprüchen geprägt sind.

mehr ist, sondern mittel- und langfristig eine strukturelle, soziale, kulturelle und emotionale Transformation von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zur Folge hat und dass dieser Wandel in eine postmigrantische Gesellschaft auch mit Reibungen und Konflikten einhergeht.

Als postmigrantisch sollen daher jene Gesellschaften bezeichnet werden, die für sich selbst den Wandel in eine heterogene Grundstruktur mit Einwanderung und Auswanderung akzeptiert haben – ungeachtet der Tatsache, ob sie dieser Transformation positiv oder negativ gegenüberstehen.

Migration ist in diesen Gesellschaften als Thema keineswegs „überwunden", sondern omnipräsent. Minderheitenrechte und –positionen werden ausgehandelt sowie die Frage nach der nationalen Identität neu gestellt. Dementsprechend sind postmigrantische Gesellschaften auch von einem Konflikt zwischen Migrationsbefürwortern und -gegnern geprägt.

**Der für die Titelreihe gewählte Terminus postmigrantisch steht hier für die Aushandlungsprozesse, die in Kommunen, Städten, Regionen und Bundesländern in Deutschland stattfinden, *nachdem* Migration als politische Realität anerkannt worden ist.**
**Postmigrantisch steht dabei nicht für einen Prozess der beendeten Migration, sondern für eine Analyseperspektive, die sich mit den Konflikten, Identitätsbildungsprozessen, sozialen und politischen Transformationen auseinandersetzt, die *nach* erfolgter Migration einsetzen.**

In der vorliegenden Länderauskopplung wird dargestellt, wie die Hamburger Bevölkerung die postmigrantischen Aushandlungsprozesse meistert. Damit ist gemeint:

(1) Welche strukturellen, sozialen, kulturellen und emotionalen Integrations- und Anerkennungsprozesse finden von Seiten der Mehrheitsbevölkerung statt, die nun in einer diverser und pluraler gewordenen Gesellschaft lebt? Welche Öffnungs- und welche Schließungsmuster sind gegenüber kulturellen, ethnischen, religiösen und nationalen Minderheiten gegeben? Welche Rechte werden ihnen zugestanden, welche verwehrt? Welche soziale Nähe wird hergestellt und wie manifestiert sich Distanz? Wird kulturelle Entfaltungsmöglichkeit gewährleistet und wertgeschätzt oder als Bedrohung empfunden und abgewertet? Welche räumliche Präsenz wird als legitim betrachtet und wo ist sichtbare Präsenz umstritten?

(2) Wie ist die Einstellung zu Differenz und zu Diversitätsprozessen, die sich durch und *nach* der Migration einstellen – sprich Einstellungen zu kultureller, ethnischer, religiöser und nationaler Vielfalt, die durch und nach Migrationsbewegungen entstehen? Wie sind die Einstellungen zu den demokratisch legitimen Rechten der Minderheiten (in dem Fall Musliminnen und Muslimen) nach Partizipation, Sichtbarkeit und Gleichbehandlung? Wie hoch schätzt die Hamburger Bevölkerung ihr Wissen über Musliminnen und Muslime ein? Woher beziehen die Hamburgerinnen und Hamburger ihr Wissen? Sehen sie Musliminnen und Muslime als Teil ihrer Gesellschaft?

**Die vorliegende Studie konzentriert sich bei der Auswertung der Ergebnisse auf die Einstellung der Hamburger Bevölkerung gegenüber Musliminnen und Muslimen. Die Akzeptanz einer pluralen, vielfältigen, postmigrantischen Gesellschaft als neuer deutscher Lebensrealität lässt sich am Umgang mit und der Einstellung zu kulturellen, ethnischen, religiösen oder nationalen Minderheiten messen. Eine der größten kulturellen bzw. religiösen Minderheiten in diesem Land sind derzeit Musliminnen und Muslime. Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass der Umgang mit jener Gruppe als „Seismograph" gesehen werden kann, um die Einstellungen gegenüber Konzepten wie Diversität, Vielfalt, Pluralität und freiheitlich-demokratischer Grundordnung innerhalb der Gesamtbevölkerung bzw. in diesem Fall innerhalb der Hamburger Bevölkerung zu messen.**

Im ersten Teil des Länderheftes werden einige soziokulturelle und –strukturelle Hintergrundinformationen zu Hamburg als postmigrantischer Stadt gegeben: Wie divers und vielfältig ist die Stadt? Wo leben Musliminnen und Muslime in Hamburg? Wie stark ist die offene Abwehrhaltung gegenüber Diversität (festgemacht an rechtspopulistischen, rechtsextremistischen und salafistischen Strömungen)?

Im zweiten Teil des Heftes wird Datenmaterial zur Analyse der Einstellungen von Hamburgerinnen und Hamburgern gegenüber Vielfalt und Heterogenität mit Bezug auf die größte religiöse Minderheit in Deutschland präsentiert. Hier werden die Einstellungen zu religionspolitischen Themen wie Beschneidung, Moscheebau, islamischem Religionsunterricht und Kopftuch erhoben.

Außerdem werden Distanz- und Näherelationen überprüft, um die Bezugspunkte der Hamburgerinnen und Hamburger zu Diversität zu messen. Von Interesse ist dabei, welche Rolle Stereotype und Fremdgruppenmarkierungen für die Einstellungen gegenüber Muslimen spielen.

Anschließend werden die Wissensbezüge der Hamburgerinnen und Hamburger erfasst. Wie hoch schätzen sie ihr Wissen über Musliminnen und Muslime ein? Auf welcher Bezugsgröße bauen sie ihr Wissen auf? Über- oder unterschätzen sie den Anteil der Musliminnen und Muslime an der deutschen Bevölkerung?

Das vorliegende Länderheft wurde zum Auftakt der Jungen Islam Konferenz – Hamburg 2014 veröffentlicht und richtet sich an Schulen, Behörden und Migrantenselbstorganisationen, Studierende und Lehrende, sowie an fachlich und gesellschaftspolitisch interessierte Leserinnen und Leser.

Die Junge Islam Konferenz – Deutschland[5] ist ein Think-Tank, Dialogforum und Multiplikatorinnen- und Multiplikatorennetzwerk junger Menschen im Alter von 17 bis 25 Jahren. Sie ist ein Projekt der Stiftung Mercator, des Mercator Program Centers und der Humboldt-Universität zu Berlin. Als bundesweites Forum bietet die Junge Islam Konferenz jungen Menschen mit und ohne muslimischen Migrationshintergrund eine Plattform für Wissensgewinn, Austausch und Intervention in gesellschaftliche Debatten. Die Konferenz findet sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene statt. 2014 wurde die erste JIK-Länderkonferenz in Hamburg ausgerichtet, deren Schirmherrschaft der Erste Bürgermeister der Stadt, Olaf Scholz, übernommen hat.[6]

5 Website der Jungen Islam Konferenz: http://www.junge-islamkonferenz.de

6 Website der JIK – Hamburg 2014: http://www.junge-islamkonferenz.de/laenderkonferenzen/jik-hamburg.html

# Forschungsstand

Um die Ergebnisse der vorliegenden Erhebung zu Einstellungen der Hamburger Bevölkerung gegenüber Musliminnen und Muslimen in Deutschland einordnen zu können, ist es sinnvoll, bereits erschienene Publikationen zu diesem Bereich ins Auge zu fassen.

2001 wurde eine dreibändige Studie der damaligen Ausländerbeauftragten des Senats Ursula Neumann mit dem Titel „Leben und Wohnen in Hamburg" veröffentlicht, welche sich mit Migrantinnen und Migranten in Hamburg befasst (Grabowski 2001).

Der erste Teil der Studie, „Einstellungen von Deutschen zu Migrantinnen und Migranten" untersuchte ebendiese in Abhängigkeit von verschiedenen Faktoren. Die Erhebung stellte u.a. fest, dass der Grad der „Fremdenfeindlichkeit"[7] in Hamburg wesentlich niedriger ist als im restlichen Bundesgebiet (Babka von Grabowski 2001: 34f.) – ein Befund, der 2007 auch von der Langzeitstudie „Deutsche Zustände" bestätigt wurde (Gostomski et al. 2007: 107). Als mögliche Einflussfaktoren auf den Grad der „Fremdenfeindlichkeit" bei den befragten Hamburgerinnen und Hamburgern galten die gefühlte Bedrohung durch die Anwesenheit von Ausländerinnen und Ausländern, Nationalstolz, die Einschätzung der Höhe des Ausländeranteils in den alten Bundesländern und die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Was die Wohnverhältnisse anbelangte, so wurde festgestellt, dass die Hamburgerinnen und Hamburger segregierte Nachbarschaftsverhältnisse befürworteten. Allerdings war dies auch abhängig von der jeweiligen Nachbarschaft – so waren laut der Studie „Italiener und Aussiedler als Nachbarn eher willkommen als Asylbewerber und Türken" (Grabowski 2001: 3). Allerdings tendierten Personen mit Migrantinnen und Migranten im Freundes- und Bekanntenkreis weniger dazu, in segregierten Nachbarschaftsverhältnissen leben zu wollen und die empfundene Distanz zu diesen Personengruppen nahm ab (Grabowski 2001: 55). Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hatten die Hamburgerinnen und Hamburger in der damaligen Erhebung in allen Bereichen, außer in der eigenen Familie, wesentlich häufiger Kontakt zu Ausländerinnen und Ausländern (Grabowski 2001: 32).

2010 erschien im Rahmen einer durch das Open Society Institute in mehreren europäischen Großstädten durchgeführten Studie eine Teilauskopplung mit dem Titel „Muslime in Hamburg", die auf den Aussagen von 200 Interviewten (100 muslimisch, 100 nicht-muslimisch) aus dem Bezirk Hamburg-Mitte sowie einigen Expertinnen- und Experteninterviews basierte. Eines der wesentlichen Ergebnisse der Studie lag darin, dass sich Musliminnen und Muslime in Hamburg mit ihrer Stadt und ihrem Wohnviertel identifizieren, im Gegensatz zur geringeren Identifikation mit Deutschland. Zusätzlich befand ein Großteil der muslimischen wie nicht-muslimischen Interviewten, dass das Zusammenleben zwischen Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft gut funktioniere (OSI 2010b: 53ff.). Muslimische Befragte äußerten, dass die „[…] Außenwahrnehmung als Nicht-Deutsche und Fremde einem tatsächlichen Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland im Wege steht. Einige Muslime zogen aus dieser Erfahrung für sich die Schlussfolgerung, dass es weniger wichtig sei, als Deutsch betrachtet zu werden, denn als Mensch, als Bewohner dieser Welt […]" (OSI 2010b: 68).

7 Der Begriff Fremdenfeindlichkeit wurde in der 2001er Hamburgerstudie verwendet. Dabei werden in Deutschland lebende Personen mit Migrationshintergrund als ‚fremd' beschrieben bzw. gelabelt. Da mit der Bezeichnung rassistisches Verhalten und rassistische Einstellungen gegenüber jenen Personen gemeint sind, ist der Begriff Rassismus passender.

Was die Sicht auf Musliminnen und Muslime anbelangt, gibt es für die Landesebene bisher kaum statistische Analysen. Eine Ausnahme stellt die Rangfolge dar, die der Soziologe Alexander Yendell anhand eines Mittelwertes in Bezug auf die Haltung gegenüber Musliminnen und Muslime für unterschiedliche Bundesländer erstellte. Demnach herrscht in Hamburg eine eher negative Haltung gegenüber Musliminnen und Muslimen vor – unter den westdeutschen Bundesländern im Mittelwert sogar die negativste (Yendell 2014: 63). Die auffällige Diskrepanz zu den oben erwähnten Studien von Grabowski und Heitmeyer liegt vermutlich weniger in den unterschiedlichen Kategorien („Migranten" bzw. „Muslimen"), sondern erklärt sich eher durch die geringe Fallzahl von unter 100 Befragten, die der Autor selber als Einschränkung beschreibt (Yendell 2014: 64).

In einer vom Politikwissenschaftler Kai-Uwe Schnapp und dem Sozialwissenschaftler Olaf Bock durchgeführten Auswertung der Hamburger Bevölkerungsumfrage Hamburg-BUS aus dem Jahr 2012 werden die Hamburgerinnen und Hamburger u.a. nach den wichtigsten Problemen der Hansestadt gefragt. An dritter Stelle findet sich mit 35 % die Kategorie „Soziale Probleme". Hier wurden neben Armut, Arbeitslosigkeit und sozialen Initiativen auch Aussagen mit Bezug zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern eingeordnet (Schnapp und Bock 2012: 15).

Zusätzlich lief an der Universität Hamburg im Jahr 2014 unter der Leitung von Kai-Uwe Schnapp eine Studie zum „Zusammenleben in Hamburg".[8] Die Telefonumfrage zur Einschätzung des Zusammenlebens sowie zu Hamburgerinnen und Hamburgern mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen konnte bis zur Drucklegung dieser Länderstudie leider nicht berücksichtigt werden.

8 Weitere Informationen auf der Website des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Universität Hamburg: http://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialwissenschaften/pferdestall-extra/projektbuero/projekte/laufende-projekte/, zuletzt geprüft am 09.08.2014.

# Methodik

Die im Folgenden vorgestellten Daten beruhen auf einer telefonischen Umfrage, die das Zentrum für empirische Sozialforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin für das Forschungsprojekt JUNITED vom 24.09.2013 bis 15.04.2014 ausgeführt hat. Insgesamt wurden dabei 8270 in Deutschland lebende Personen befragt, darunter 422 Hamburgerinnen und Hamburger. Für die Umfrage wurden auf Grundlage des Gabler-Häder-Verfahrens zufällig generierte Telefonnummern für Festnetz- und Mobilanschlüsse verwendet. Der Anteil der Mobilfunkanschlüsse beträgt in der Hamburgstichprobe 18,7 %.

Die bundesweite Erhebung hat eine bereinigte Ausschöpfungsquote von 15,2 %. Für Hamburg lässt sich aufgrund der fehlenden regionalen Zuordnung von Mobilfunknummern lediglich die Ausschöpfungsquote für die Festnetzstichprobe ausweisen: Sie liegt mit 15,3 % knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 15,5 %.

Um verlässliche Aussagen über die Hamburger Bevölkerung treffen zu können, wurden die Daten gewichtet: Mithilfe eines Designgewichts wurden unterschiedlich große Auswahlwahrscheinlichkeiten für einzelne Personen ausgeglichen und mittels eines Redressmentgewichts eine Angleichung an einige aus der Bevölkerungsstatistik bekannte Parameter (Alters-, Geschlechter- und Schul- sowie Berufsbildungsstruktur) vorgenommen.

Aufgrund der zufällig gezogenen Stichprobe können die Ergebnisse auf die Hamburger Bevölkerung verallgemeinert werden. Aussagen über die gesamte Hamburger Bevölkerung lassen sich statistisch mithilfe sogenannter Konfidenzintervalle treffen, innerhalb derer mit einer 95 %igen Wahrscheinlichkeit der wahre Anteilswert liegt. Diese Konfidenzintervalle sind abhängig von der Stichprobengröße und von dem erhobenen Anteilswert. Bezogen auf die 422 Hamburger Befragten heißt das etwa:

- Wenn 50 % der Befragten einer Aussage zustimmen, ist davon auszugehen, dass mit 95 %iger Wahrscheinlichkeit in der Grundgesamtheit der Anteil der Zustimmenden zwischen 45,2 % und 54,8 % liegt.
- Bei einer Zustimmung von 60 % liegt dieser Wert zwischen 55,3 % und 64,7 %. Analog dazu liegt das Konfidenzintervall bei einer Zustimmung von 40 % zwischen 35,3 % und 44,7 %.
- Bei einer Zustimmung von 80 % liegt dieser Wert zwischen 76,2 % und 83,8 %.

Dies ist für die Interpretation der Ergebnisse relevant: Wenn etwa, wie in Abbildung 1 dargestellt, der Anteil von Befürworterinnen und Befürwortern eines Beschneidungsverbotes mit 49,5 % angegeben wird, so liegt der wahre Wert mit 95 %iger Wahrscheinlichkeit zwischen 44,7 % und 54,2 %. Da es hier eine deutliche Überschneidung mit dem Konfidenzintervall der Gegnerinnen und Gegner eines Beschneidungsverbotes gibt, welches zwischen 40,7 %

und 50,2 % liegt, kann trotz der ausgewiesenen Werte nicht davon ausgegangen werden, dass es auch in der gesamten Hamburger Bevölkerung mehr befürwortende als ablehnende Personen gibt.[9] Genauere Informationen können im Methodenbericht der Studie (Beigang et al. 2014) nachgelesen werden.

9 In diesem Fall wird je ein Konfidenzintervall für Befürworterinnen und Befürworter und Gegnerinnen und Gegner berechnet. Zusätzlich könnte man auch ein Konfidenzintervall für die Gruppe der Personen berechnen, die keine Antwort gegeben haben. Interessiert man sich nur für den Gegensatz zwischen befürwortenden und nicht-befürwortenden Personen, können diejenigen, die keine Angabe zu dieser Frage machen konnten oder wollten, den Nicht-Befürworterinnen und Befürwortern zugeschlagen werden. Zudem wurden dargestellte Zusammenhänge in Kreuztabellen sowohl bivariat als auch mulitvariat auf ihre Signifikanz geprüft.

# I. Hamburg, eine postmigrantische Stadt: Sozialkultureller und – struktureller Hintergrund

Hamburg ist die zweitgrößte Stadt Deutschlands und damit Ziel vielfältiger Einwanderung, die die Hamburger Gesellschaft in ihrer Selbst- und Fremdwahrnehmung prägt. Migration und Vielfalt haben in Hamburg Tradition. Als Teil der Hanse und als große Hafenstadt hat die Metropole sowohl als Ziel als auch als Ausgangspunkt von Handel schon früh Kontakt mit Menschen aus anderen Ländern und von anderen Kontinenten gehabt. Im 19. Jahrhundert gab es nicht nur Handelsbeziehungen zum Osmanischen Reich, Hamburg war auch unmittelbar in den florierenden deutschen Kolonialhandel eingebunden und somit auch an Ausbeutungs- und Abwertungsstrukturen beteiligt. Dies verdeutlicht, dass die vielen Jahrhunderte Vielfalt und Migration nicht nur emanzipativ vonstattengingen, sondern neben Offenheit und gegenseitiger Bereicherung auch Ausgrenzung und Machtstabilisierung bedeuteten. Bis heute prägen diese beiden Pole das Leben mit Vielfalt in der postmigrantischen Hafenstadt.

**Das Deutsche Reich besaß zwischen 1884 und 1919 zahlreiche Kolonien, darunter im heutigen Tansania, Ruanda, Burundi, Togo, China, Papua-Neuguinea und Samoa. Gegenüber der lokalen Bevölkerung wurde in der Regel mit großer Brutalität vorgegangen, wofür der Massenmord an den Herero und Nama im heutigen Namibia nur ein Beispiel ist. Die Hafenstadt Hamburg, ihre Reedereien und Kaufleute waren zentral für den Kolonialhandel, und in keiner anderen deutschen Stadt wurde so stark von diesem profitiert. Spuren finden sich bis heute in Kontorhäusern und Speichern, auch zahlreiche Denkmäler entstanden. 2014 beschloss Hamburg als erste deutsche Stadt ein umfassendes Erinnerungskonzept zur Aufarbeitung des kolonialen Erbes, welches als „gesamtstädtische Aufgabe" betrachtet wurde (Kulturbehörde Hamburg 2014). Opferverbände kritisierten allerdings die Ausblendung der Perspektiven von Menschen mit afrikanischer Migrationsgeschichte (Kaiser 2014).**[10]

Neben Einwanderung gehörte auch die Auswanderung zu Hamburg. Zwischen 1850 und 1934 reisten Menschen aus ganz Europa von den Auswandererbaracken in Hamburg-Ballinstadt in die USA und andere Länder, auf der Suche nach Arbeit, Abenteuer und einem besseren Leben.[11]

Um im Rahmen dieser Erhebung die Einstellungen gegenüber Vielfalt im postmigrantischen Hamburg am Beispiel von Musliminnen und Muslimen anzusehen, sollen zunächst ein Überblick über die demographische Struktur der Stadt mit Bezug auf Migrationsrealitäten seit dem Zweiten Weltkrieg, konkrete Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund sowie zur muslimischen Bevölkerung Hamburgs gegeben werden.

10 Vgl. http://www.hamburg-postkolonial.de, zuletzt geprüft am 28.8.2014.
11 Vgl. http://www.hamburg.de/ballinstadt/, zuletzt geprüft am 02.09.2014.

# Migrationsstadt Hamburg

Die sogenannte „Gastarbeiteranwerbung" der 1950/60er Jahre und die darauffolgenden Migrationsbewegungen haben das Gesicht Hamburgs nachhaltig geprägt.

Basierend auf den Daten des Mikrozensus hat Statistik Nord festgestellt, dass 28 % der Hamburgerinnen und Hamburger, also mehr als ein Viertel, im Jahr 2012 einen sogenannten Migrationshintergrund hatten.[12] In absoluten Zahlen waren das ca. 497.000 Personen bei einer Gesamtanzahl von ca. 1,8 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern (Statistik Nord 2014). Eine Auswertung des Melderegisters zeigt, dass Ende 2012 der Anteil der Hamburgerinnen und Hamburger mit Migrationshintergrund im Bezirk Hamburg-Mitte bei 45 % liegt. Auch in Hamburg-Harburg wohnen mit 38 % anteilig an der Bezirksbevölkerung viele Menschen mit Migrationshintergrund. Der Anteil in den Bezirken Hamburg-Nord und Eimsbüttel liegt bei unter 25 %. Doch auch innerhalb der Bezirke gibt es deutliche Unterschiede zwischen einzelnen Stadtteilen. So leben in Billstedt, Wilhelmsburg und Rahlstedt die meisten Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund. Am höchsten sind die Anteile in Billbrook und Veddel mit jeweils über 70 % (Statistik Nord 2013).

Basierend auf den Daten des Mikrozensus stellt Statistik Nord fest, dass Personen mit Migrationshintergrund in Hamburg verhältnismäßig jung sind. Etwas mehr als die Hälfte (51 %) dieser Personengruppe ist unter 35 Jahre alt, 26 % sind noch in schulischer Ausbildung oder noch nicht schulpflichtig (Statistik Nord 2014). Insgesamt zeigen sich in Bezug auf die Schulabschlüsse deutliche Unterschiede zwischen Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund. So ist sowohl der Anteil von Personen ohne Schulabschluss unter den Personen mit Migrationshintergrund deutlich größer (12 % im Vergleich zu 2 %) als auch die Abiturientenquote mit 23 % um sieben Prozentpunkte geringer als bei Personen ohne Migrationshintergrund (Statistik Nord 2014). Nahezu gleich stark unter den Personen mit Migrationshintergrund sind Realschulabschlüsse (16 %) bzw. Haupt- oder Volksschulabschlüsse (17 %) verteilt (Statistik Nord 2014).

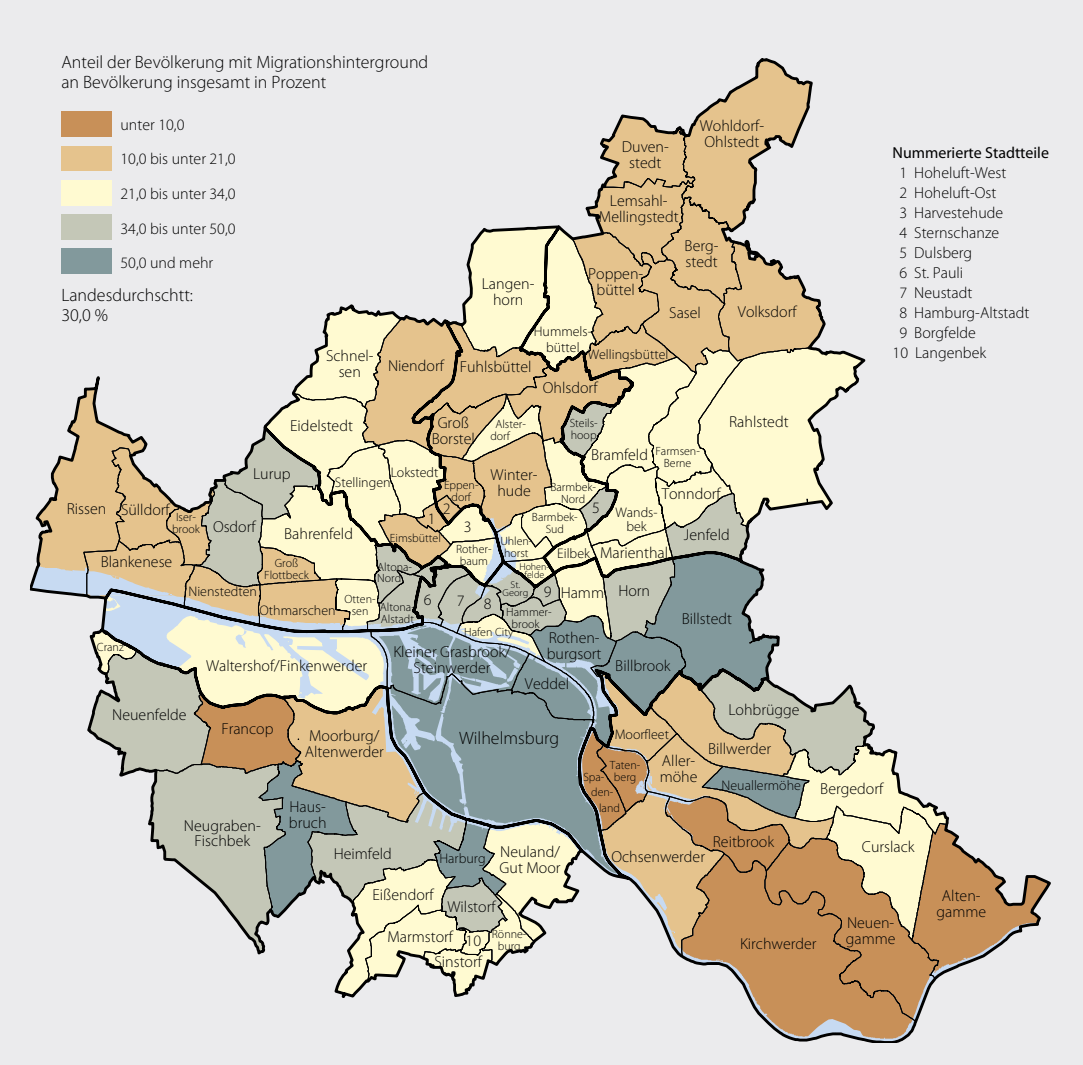
Das immer wieder aufgebrachte und gerade von rechten Parteien geschürte Vorurteil, dass Personen mit Migrationshintergrund nur von Sozialleistungen leben, findet keinen empirischen Beleg: So sind 44 % (220.000) von ihnen erwerbstätig und insgesamt ca. 40 % aller Hamburgerinnen und Hamburger mit Migrationshintergrund können ihren Lebensunterhalt durch eine Erwerbstätigkeit bestreiten. Dagegen leben 35 % von den Einkünften Angehöriger, 9 % beziehen Renten- und Pensionszahlungen und 11 % erhalten Bezüge aus Arbeitslosengeld 1 oder Leistungen nach dem SGB 2 (Statistik Nord 2014). Im Gegensatz dazu erhalten ca. 4 % der Personen ohne Migrationshintergrund Arbeitslosengeld 1 oder Leistungen nach dem SGB 2.[13]

Das Herkunftsland der meisten Hamburgerinnen und Hamburger mit Migrationshintergrund bzw. ihren Eltern oder Großeltern liegt in Europa (62 %). 19 % haben einen türkischen und 10 % einen polnischen Herkunftsbezug, 14 % stammen aus den ehemaligen Sowjetgebieten (Statistik Nord 2014).

12 Zu den Personen mit Migrationshintergrund (im engeren Sinne) zählen im Mikrozensus: „[…] alle Zugewanderten und alle in Deutschland geborene Ausländerinnen und Ausländer. Von den Deutschen mit Migrationshintergrund, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit seit Geburt besitzen, haben nur jene einen Migrationshintergrund im engeren Sinne, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil im selben Haushalt leben, weil nur dann die für die Zuordnung entscheidende Elterninformation vorliegt. Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne zählen zusätzlich jene Deutsche mit Migrationshintergrund, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit seit Geburt besitzen und nicht (mehr) mit den Eltern im selben Haushalt leben" (Statistik Nord 2014).

13 Mikrozensus 2012 zur Verfügung gestellt von Statistik Nord.

**Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hamburg am 31.12.2012 (Statistik Nord 2013: 7).**




Quelle: Melderegister 31.12.2012 (nur Hauptwohnsitze) ergänzt um Schätzungen mit MigraPro durch das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein.

Gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung sind mit 10 von 121 Landtagsabgeordneten im Hamburger Landesparlament – der Bürgerschaft – unterdurchschnittlich wenige Personen mit Migrationshintergrund vertreten (Gesemann und Roth 2014: 67). Auch in der Verwaltung, so zeigte eine 2008 durchgeführte Erhebung, ist ihr Anteil mit 8,9 % nicht sehr hoch (Bertelsmann-Stiftung 2008).

Mit verschiedenen integrationsbezogenen Handlungskonzepten hat die Stadt Hamburg in den letzten Jahren dem gesellschaftlichem Pluralismus und der Vielfalt der Identitäten mehr Raum verschafft. So setzte das Hamburger Integrationskonzept 2013 schon im Titel auf „Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt" und damit auf den Abbau von Hürden, denen sich Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesellschaft gegenüber sehen (BASFI 2013). Des Weiteren wurde ein Integrationsbeirat eingerichtet, der sowohl die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie Integration (BASFI) als auch den Hamburger Senat berät. Der Beirat hat an

der Entstehung des Integrationskonzeptes mitgewirkt und wird auch an dessen Umsetzung beteiligt sein.[14]

Einen weiteren Schritt zur Gestaltung der postmigrantischen Realität Hamburgs bildete eine im Dezember 2011 gestartete Briefkampagne des ersten Bürgermeisters Olaf Scholz. Dieser verschickte Briefe an Hamburgerinnen und Hamburger mit Migrationshintergrund mit ausländischer Staatsbürgerschaft und lud diese aktiv dazu ein, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen.[15] In einem Auszug aus dem Brief heißt es:

„Wenn Sie gefragt werden, wo Sie zu Hause sind, dann sagen Sie wahrscheinlich ganz selbstverständlich: Hamburg! Sie leben seit vielen Jahren hier und haben ein stabiles Aufenthaltsrecht, wie das im Behördendeutsch heißt. Ich will das mal so übersetzen: Nachdem Sie schon längst Hamburgerin oder Hamburger geworden sind, könnten Sie auch mit einem einfachen Antrag die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen. Ich möchte Sie ausdrücklich ermuntern, diese Gelegenheit zu nutzen" (Çelikkol und Kersten 2012).

Über einen Zeitraum von drei Jahren sollten 4000 Briefe monatlich verschickt werden. Die Kampagne zeigte Erfolg: Bis Mai 2012 stellte die Stadt bei angemeldeten Einbürgerungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eine Steigerung von ca. 36 % fest (Çelikkol und Kersten 2012: 6).

## Musliminnen und Muslime in Hamburg

**Die Anzahl der Musliminnen und Muslime in Hamburg kann nur geschätzt werden, da sie amtlich nicht erhoben wird. Laut der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland" machen Hamburger Musliminnen und Muslime ca. 3,5 % der muslimischen Menschen in Deutschland aus (Haug et al. 2009: 107). Die BASFI schätzt die Anzahl der Musliminnen und Muslime in Hamburg auf ca. 130.000, was ca. 8 % der Hamburger Gesamtbevölkerung bedeuten würde (BASFI 2013).[16] Die alevitische[17] Gemeinde Hamburg umfasst je nach Schätzungen zwischen 30- und 50.000 Personen (OSI 2010b: 35).[18]**

Laut eines Berichts von Statistik Nord aus dem Jahr 2014 sind die meisten Personen mit Herkunftsbezug zu einem islamisch geprägten Land türkisch-, afghanisch- und iranischstämmig (Statistik Nord 2014). Dies weist bereits darauf hin, dass Musliminnen und Muslime in Hamburg keineswegs als homogene Gruppe zu betrachten sind. Bernd Hallenberg vom Bun-

14 Zu den Aufgaben des Integrationsbeirates vgl. http://www.hamburg.de/basfi/aufgaben-ziele/, zuletzt geprüft am 09.08.2014.

15 Zum damaligen Zeitpunkt wurde von ca. 137.000 Personen ausgegangen, die die Voraussetzungen zum Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft erfüllten.

16 Die Studie „Muslime in Hamburg" hingegen gibt die geschätzte Anzahl der Musliminnen und Muslime mit ca. 90.000 an, wovon ca. 71.000 in Hamburg-Mitte leben (OSI 2010b: 19).

17 Alevitinnen und Aleviten sind eine vom schiitischen Islam geprägte Religionsgemeinschaft. In Deutschland leben zwischen 480.000–552.000 Menschen mit alevitischem Glauben (Haug et al. 2009: 314). Ob Alevitinnen und Aleviten muslimisch sind, wird innerhalb der Gemeinschaft selbst diskutiert. Gleichwohl sind die Alevitinnen und Aleviten in Deutschland an den meisten gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozessen, die muslimische Menschen betreffen, vertreten – so z.B. bei der Deutschen Islam Konferenz, der Aushandlung der Staatsverträge für Musliminnen und Muslime sowie in den Beiräten für den islamischen Religionsunterricht.

18 Vgl. auch die Websites unterschiedlicher alevitischer Gemeinden Hamburgs (www.haakbir.de, www.alevi-hamburg.com, zuletzt geprüft am 11.08.2014).

desverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. hat 2007 eine Karte erstellt, auf der die räumliche Verteilung der Personen mit Herkunft aus der Türkei oder einem anderen islamisch geprägten Land verzeichnet ist:[19]

Der Anteil der als muslimisch geltenden Bevölkerungsgruppe beträgt in Hamburg 4,6 %. Betrachtet man aber die räumliche Verteilung dieser Gruppe nach Stadtteilen, dann wird ersichtlich, dass es in Hamburg viele Stadtteile gibt (rote Flächen), in denen der Anteil der Personen mit einem türkischem Migrationshintergrund oder einem Migrationshintergrund aus einem anderen islamisch geprägten Land deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt von 4,6 % liegt. Dies deutet auf räumliche Segregation hin, die mit einer Konzentration oder überdurchschnittlichen Präsenz dieser Gruppe in Stadtteilen wie Neuenfelde, Hamburg-Altstadt oder Wilhelmsburg verbunden ist.

Als eines der ersten Bundesländer überhaupt (nach Bremen) schloss der Stadtstaat Hamburg 2013 mit Vertreterinnen und Vertretern muslimischer Verbände und der alevitischen Gemeinde Staatsverträge ab,[20] die rechtliche Verbindlichkeiten geschaffen bzw. bestätigt haben. Die Regelungen umfassen u.a. Feiertage, Religionsunterricht, die Förderung Islamischer Theologie an der Universität Hamburg, religiöse Betreuung in besonderen Einrichtungen (bspw. Polizei, Krankenhaus), Rundfunkwesen (Sendezeiten zur religiösen Verkündung und Seelsorge) und Bestattungswesen (HH und AABF 2012; HH et al. 2012). Eine Gleichstellung mit den christlichen Kirchen findet nach Angaben der Stadt auf dieser Grundlage jedoch nicht statt (Senatskanzlei Hamburg 2012). Unabhängig von den mit drei muslimischen Vereinen und der alevitischen Gemeinde geschlossenen Verträgen erhielt 2014 die Ahmadiyya-Muslim-Jamaat (AMJ)[21] von der Stadt den Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts.[22]

Laut der Studie „Muslime in Hamburg" ist das Muslimbild der Hamburgerinnen und Hamburger von sehr unterschiedlichen Narrativen geprägt: Zum einen von den Anschlägen vom 11. September 2001 und der Hamburger Zelle um Mohammed Atta, zum anderen aber auch von dem Bewusstsein, dass die Stadt mit der Imam-Ali-Moschee eine der ältesten Moscheen und mit dem Islamischen Zentrum Hamburg eine der ältesten muslimischen Organisationen in Deutschland beherbergt (OSI 2010b: 38). Rund um das Themenfeld Islam sind also konkurrierende Erzählungen als positive und negative Pole zu finden. In den letzten Jahren 2013 und 2014 waren dies einerseits Debatten um Salafismus an Hamburger Schulen, andererseits der Stolz auf die Vorreiterrolle in der Anerkennung des Islam in Deutschland.

Dieses in Hamburg beobachtbare Spannungsfeld ist typisch für postmigrantische Gesellschaften, in denen einerseits eine Ausweitung der Rechte von Minderheiten erfolgt, welche andererseits auch zu neuen Aushandlungen führt entlang der Frage: Wie viele Rechte dürfen zuge-

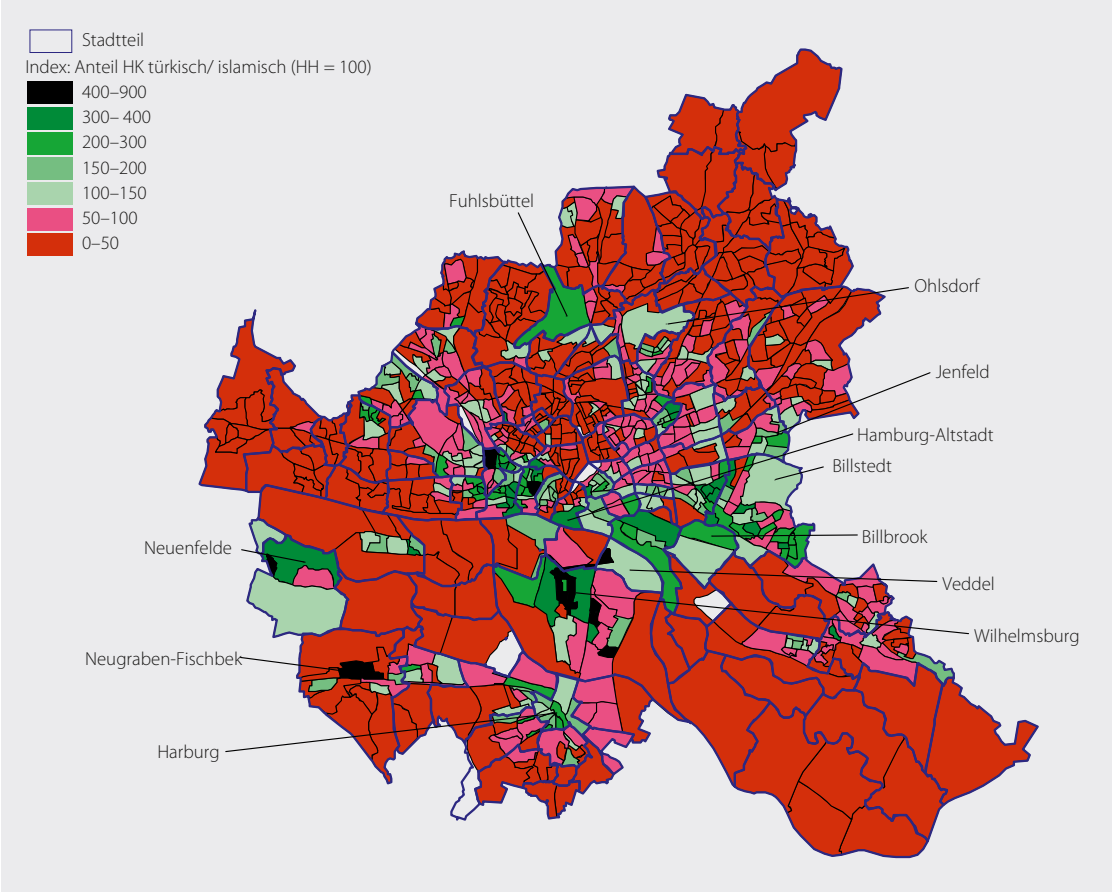
19 Bei der Interpretation sollte berücksichtigt werden, dass das Herkunftsland einer Person mit Migrationshintergrund bzw. ihrer Eltern oder Großeltern nichts über die konfessionelle Zugehörigkeit aussagt. Das Herkunftsland kann nur als Indiz oder Annährung verstanden werden, die sich aus empirischen Erfahrungswerten wie z.B. Studien ergibt. So ist die Wahrscheinlichkeit, in der Gruppe der Personen mit türkischem Migrationshintergrund auf Musliminnen und Muslime zu treffen, höher als in einer Gruppe von Personen, deren Migrationshintergrund ein nicht-muslimisch geprägtes Herkunftsland ist (Haug et al. 2009).

20 2005 wurden bereits Verträge mit der katholischen und evangelischen Kirche geschlossen, 2007 mit der jüdischen Gemeinde. Vgl. Klemm, Markus (2013): Staatsvertrag mit Muslimen und Aleviten beschlossen. In: *Hamburger Abendblatt*, 13.06.2013. Online verfügbar unter http://www.abendblatt.de/hamburg/article117113435/Staatsvertrag-mit-Muslimen-und-Aleviten-beschlossen.html, zuletzt geprüft am 08.09.2014.

21 Ahmadis sind eine jüngere islamisch geprägte religiöse Bewegung, die ihren Ursprung in den Lehren von Mirza Ghulam Ahmad (1839–1908) im indischen Punjab hat. Die Ahmadiyya-Muslim-Jamaat ist eine Teilströmung und ging aus einer Teilung der Ahmadiyya-Gemeinde um das Jahr 1914 herum hervor. Ahmadis machen ca. 1,7 % der Musliminnen und Muslime in Deutschland aus (Haug et al. 2009: 97).

22 Vgl. dazu die Website der Ahmadiyya-Muslim-Jamaat Deutschland, 27.05.2014, http://www.ahmadiyya.de/news/pressemitteilungen/art/der-islam-erhaelt-auch-in-hamburg-den-koerperschaftsstatus/, zuletzt geprüft am 02.09.2014.

**Verteilung der Hamburger Bevölkerung aus der Türkei oder anderen islamisch geprägten Ländern (Hallenberg 2007: 257).**




standen werden und wie möchten wir miteinander leben? Die Regeln des Zusammenlebens werden in postmigrantischen Gesellschaften neu definiert oder manchmal nur umdefiniert oder ausgeweitet. Dies geschieht, da hier nicht mehr die alte Vorstellung dominiert, dass ein Kreis von Etablierten den Hinzugekommenen fertige Vorgaben erstellt, wie es schon immer war und weiterhin zu bleiben hat. Weil immer mehr Migrantinnen und Migranten und ihre Nachkommen strukturelle, soziale, kulturelle und emotionale Zugehörigkeit beanspruchen, ändert sich der Lebensraum in eine postmigrantische Gesellschaftsstruktur, in der gemeinsam um symbolische, soziale, kulturelle und strukturelle Güter konkurriert wird. Die Aushandlungen bringen neben der produktiven Veränderung auch Konflikte mit sich.

## Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Salafismus in Hamburg

Mit der in den letzten Jahren vorgenommenen Öffnung für Vielfalt geht auch ein Potenzial für Gegennarrative einher – für Gegenpositionen zu dem in Hamburg vorrangigen Zuspruch zu Vielfalt. Der Hamburger Bevölkerung wird zwar im bundesweiten Vergleich eine geringe, häufig sogar die geringste „Fremdenfeindlichkeit" attestiert (Babka von Gostomski et al. 2007: 107). Allerdings ist Hamburg auch eines der Bundesländer, in dem mit der „Partei

Rechtsstaatlicher Offensive", der sogenannten „Schill-Partei", in der jüngeren Stadtgeschichte von 2001–2004 eine rechtspopulistische Partei an der Regierung beteiligt war.[23] Bei der Bürgerschaftswahl 2001 erhielt sie auf Anhieb 19,4 % der Stimmen. Ihr Vorsitzender, der Hamburger Amtsrichter Ronald Barnabas Schill, wurde Zweiter Bürgermeister und Innensenator, nachdem er sich zuvor als „Richter Gnadenlos" einen Namen aufgrund seiner harten Urteile gemacht hatte (Baumgärtner 2011: 4). Mit dem Ausscheiden von Schill aus der Partei verlor diese jedoch an Bedeutung.

Bundesweit in Erscheinung getretene rechtspopulistische und auf das Islamthema bezogene Parteien wie „pro Deutschland" oder „Die Freiheit" konnten in Hamburg bisher keine Erfolge verzeichnen, auch wenn es vereinzelte Kundgebungen gegen eine vermeintlich „fortschreitende Islamisierung"[24] gibt, wie bspw. Anfang 2013 durch die „German Defence League" (GDL)[25] (Bürgerschaft HH 2013). Der Senat stellte 2011 fest, dass es in Hamburg keine abgrenzbare ‚Anti-Islam-Szene' gäbe. Allerdings existierten zwei bekannte Ortsgruppen des islamfeindlichen Weblogs „Politically Incorrect" (PI), ansonsten würde das Thema in Teilen von der NPD bedient werden (Bürgerschaft HH 2011), es ist somit Unterthema eines rechtsextremen politischen Gesamtprogrammes. Dem Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg zufolge werden neurechte Strömungen wie die Identitäre Bewegung und die GDL in der Hansestadt allerdings zunehmend aktiv (MBT 2013). Es gibt hier also ein islamfeindliches Potential, welches 2012 den Verfassungsschutz dazu veranlasste, sich verstärkt mit Islam- und Muslimfeindlichkeit zu befassen und entsprechende Websites zu untersuchen.[26]

Die neonazistische Szene Hamburgs war in den letzten Jahren nach innen aktiv und gut vernetzt, wenn auch ihre Sichtbarkeit geringfügig abnahm (MBT 2013). Rund 330 rechtsextreme Personen gehören Parteien, freien Kameradschaften, Aktionsgruppen wie der subkulturell geprägten Szene an, rechtsextremes Gedankengut und Aktionspotential finden sich darüber hinaus auch bei einigen Burschenschaften, Kulturvereinigungen und sonstigen Vereinen, deren Mitgliederzahl auf weitere 2500 Personen geschätzt wird (Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg 2014: 141, 175ff.). Die politisch motivierte Kriminalität von rechts ist im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2013 mit 362 Delikten verzeichnet (Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg 2014: 143). Gemessen an der Einwohnerzahl war das Land 2011 auf Platz 11 der bundesweiten rechten Gewaltstatistik (BMI 2014: 42). Die verhältnismäßig kleine rechtsextreme Szene ist auch das Ergebnis von langjährigem antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Widerstand in der Hansestadt. Rechtsextreme mögen hier zwar nicht täglich im Stadtbild in Erscheinung treten, aber sie haben ihre tödlichen Spuren hinterlassen, denn auch das rechtsterroristische Netzwerk „Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) war in der Stadt aktiv: Am 27. Juni 2001 wurde Süleyman Taşköprü in Hamburg-Bahrenfeld ermordet. Wie auch in anderen Bundesländern verfolgten Hamburger Behörden Spuren im Bereich „Ausländerextremismus" und „Organisierte Kriminalität" und wollten den rechtsextremen Hintergrund nicht erkennen. Ein 2014 vom Senat herausgegebener Bericht arbeitet die Ermittlungen auf und stellt geplante politische Konsequenzen vor (Bürgerschaft HH 2014b). Trotz der hier behaupteten „ergebnisoffenen" Ermittlungen finden sich allerdings keine über-

23 Zur Bezeichnung der Partei als rechtspopulistisch vgl. Hartleb 2013: 385.

24 Eine vermeintlich „schleichende Islamisierung" der deutschen Gesellschaft ist ein zentrales Themenfeld von rechtspopulistischen Bewegungen. Alexander Häusler stellt fest, dass das „[…] Schreckgespenst der ‚schleichenden Islamisierung' frühere rechtspopulistische Angstszenarien vor ‚Ausländerüberflutung' ersetzt bzw. deren rassistische Stoßrichtung kulturalistisch überformt" habe (Häusler 2008: 11).

25 Die GDL ist eine in Anlehnung an die britische „English Defence League" entstandene rechtspopulistische Bewegung in Deutschland (vgl. BT 2014: 9).

26 Vgl. Geyer, Steven; Schindler, Jörg (2012): Muslimfeindliche Szene. Gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat. In: Frankfurter Rundschau, 04.01.2012. Online verfügbar unter http://www.fr-online.de/die-neue-rechte/muslimfeindliche-szene-gestoertes-verhaeltnis-zum-rechtsstaat,10834438,11385886.html, zuletzt geprüft am 08.09.2014.

zeugenden Belege für Ermittlungsbemühungen nach einem rassistischen/neonazistischen Tathintergrund (Krebs 2014). Dies verstärkt die Kritik von Angehörigen der Opfer und des Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses, nach denen die Hamburger Behörden den Morden mit Schweigen begegneten, anstatt an einer aktiven Aufklärung zu arbeiten.[27] Als symbolisches Zeichen wurde im Juni 2014 eine Straße nach Süleyman Taşköprü benannt. Das Land Hamburg hat zur Bekämpfung und Prävention des Rechtsextremismus überdies ein entsprechendes Landesprogramm verabschiedet.[28]

Es zeigt sich also ein Potential sowohl bei rechtsextremen als auch bei rechtspopulistischen, darunter islamfeindlichen, Gruppierungen in Hamburg, wenn dieses auch im Vergleich zu anderen Bundesländern kleiner ist. Die Stadt begegnet diesen Tendenzen mit Prävention, Beobachtung, Verfolgung und Aufklärung – nicht zuletzt aufgrund des Drucks von Angehörigen der Opfer.

Gegenwärtig sieht sich die Hamburger Gesellschaft mit einem weiteren Konfliktfeld konfrontiert, dem ein dichotomes Weltbild zugrunde liegt: Im Jahr 2013 gerieten die Versuche salafistischer[29] Einflussnahme auf Schülerinnen und Schüler, bspw. in den östlichen Stadtteilen Billstedt[30] und Mümmelmannsberg, in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) spricht von „religiös gefärbten Konfliktlagen an Hamburger Schulen" (Bürgerschaft HH 2014a). Zum einen gibt es eine verbale Konfrontation zwischen Lehrkräften und salafistisch geprägten Schülerinnen und Schülern, zum anderen Beschimpfungen gegenüber nicht-salafistischen Mitschülerinnen und Mitschülern aufgrund deren Kleidung und Verhalten. Es wird auch von Nötigung im öffentlichen Raum gesprochen (Bürgerschaft HH 2014a; BSB 2014). Laut LI handelt es sich bei den Vorfällen allerdings nicht um organisierte Aktivitäten, sondern um das Wirken von Einzelpersonen.

Das aktuelle Personenpotenzial der salafistischen Szene in Hamburg wird vom Verfassungsschutz auf ca. 240 Personen geschätzt, ca. 70 werden als jihadistisch eingestuft. Ca. 25 Personen salafistischer Prägung verließen 2013 die Hansestadt aus politisch-religiösen Gründen in Richtung Syrien (Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg 2014: 31f, 46). Laut einer Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang September 2014 sind ca. 400 Deutsche in die Regionen, in denen die Terrororganisation „Islamischer Staat" aktiv ist, gereist. Die Zahl der europäischen Kämpfer dort verortete sie im vierstelligen Bereich (Merkel 2014).

Das islamistische Personenpotenzial in Hamburg wird mit ca. 2225 Personen angegeben (Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg 2014: 32f.). Es setzt sich aus 230 als gewaltorientiert und 1995 als nicht-gewaltorientiert eingestuften Personen zusammen. Das Spektrum der nicht-gewaltorientierten Personen setzt sich aktuell aus den Organisationen „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs" (IGMG), „Islamisches Zentrum Hamburg e.V." (IZH) und „Tablighi Jama'at" (TJ) zusammen.[31] An der Listung der IGMG wurde in den vergangenen Jahren immer wieder Kritik geübt, u.a. betraf diese die Kategorisierung der Bewegung im Graubereich des

27 Vgl. die Initiative „NSU-Tatort Hamburg", http://nsu-tatort-hamburg.org/, zuletzt geprüft am 11.08.2014.

28 Hamburg: Hamburg – Stadt mit Courage – Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus, online verfügbar unter: http://www.hamburg.de/contentblob/3866780/data/landesprogramm-gegen-rechtsextremismus-barrierefrei.pdf, zuletzt geprüft am 11.08.2014.

29 Das salafistische Islamverständnis ist dem sunnitischen Islam zuzurechnen und vom wahhabitischen Islam geprägt.

30 Billstedt wird in einer Antwort des Senats auf eine kleine Anfrage sogar als ein Schwerpunkt jener Entwicklung beschrieben (Bürgerschaft HH 2014a).

31 Die Angaben über die Aufteilung des islamistischen Personenpotenzials basieren auf den am 13. und 15.08.2014 per Email an die Verfasserinnen und Verfasser zugesandten Angaben des Referats Öffentlichkeits- und Gremienarbeit des Hamburger Verfassungsschutzes.

legalistischen Islamismus[32] sowie die Auswertung des angeführten Beweismaterials (Schiffauer 2006, 2010: 267ff., 2014). Im April 2014 hat der Verfassungsschutz Hamburg die Beobachtung der IGMG eingestellt.[33]

**Salafistisch orientierte Personen beziehen sich auf eine idealisierte Gesellschaft im 7./8. Jahrhundert in Mekka und Medina und versuchen, sich an dieser zu orientieren (Steinberg 2012). Rauf Ceylan und Michael Kiefer haben für die gegenwärtige Erscheinungsform des Salafismus das Wort „Neo-Salafismus" geprägt (Ceylan und Kiefer 2013: 75ff.). Dieser bietet in seinem Streben nach eindeutigen Grundprinzipien und Regeln einen sicheren Ankerpunkt mit festen Werten und Strukturen. Der Neo-Salafismus zeichnet sich durch einen auf Eindeutigkeit fixierten Blick auf die islamische Religion aus, was eine „[…] strikte Imitation und reine Befolgung ohne Reflexion und Einbettung der islamischen Botschaft in den jeweiligen historischen Kontext" zur Folge hat (Ceylan und Kiefer 2013: 78): Der Koran soll wörtlich interpretiert werden, demnach sind auch nur Koran und die Sunna des Propheten (Sammlung der Taten und Aussprachen des Propheten Mohammed) als Quellen der Exegese zulässig (Kraetzer 2014: 78).**

Ähnlich wie andere Formen von Radikalität und Extremismus verschafft der Salafismus vorrangig bei Jugendlichen in sozial oder identitär verunsicherten Lagen Orientierung. Somit spricht die Rhetorik und Idee des Salafismus auch junge Menschen ohne Migrationsgeschichte an, besonders sind jedoch junge Musliminnen und Muslime meist aus sozial prekären und instabilen, sowie identitär verunsicherten Lagen von der vereinfachenden Rhetorik der Salafisten fasziniert. Sie finden darin sinngebende Erzählungen, die sie vermeintlich aus dem Dilemma der immerwährenden Entscheidungsfindung befreien. Dazu gehört auch die nationale Identität, mit der viele Jugendliche mit Migrationshintergrund hadern. Selbst in Deutschland geboren, wird ihnen die deutsche Identität selten als etwas Selbstverständliches zugesprochen. Stattdessen werden sie als „Migrantenkinder" oder auf Basis der nationalen Identität ihrer Eltern als beispielsweise Türkinnen und Türken oder Araberinnen und Araber adressiert. Während es ihnen meist gelingt, eine lokale Identität als Hamburgerin oder Hamburger zu entwickeln, erfordert die Artikulation einer deutschen Identität vor diesem Hintergrund einen hohen Ressourcenaufwand und permanente Reflexion, die viele Jugendliche überfordern. Die Salafisten bieten demgegenüber eine neue, übergeordnete Identität an: Die Identität als wahrer Muslim. Die Idee der „ethnizitätsblinden Umma", wie Rauf Ceylan und Michael Kiefer es nennen, ist deswegen gerade für junge Menschen mit Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen attraktiv (Ceylan und Kiefer 2013: 75). Sie führt allerdings notwendigerweise ihrerseits zu Ausgrenzung und Diskriminierung all jener, die nicht in das geschlossene salafistische Weltbild passen.

32 Gemeint sind damit Organisationen, die sich zwar an die Gesetze halten und zu diesen bekennen, bei denen es aber den Verdacht gibt, langfristig die demokratische Ordnung aushebeln zu wollen (Schiffauer 2006: 238).

33 Vgl. Fengler, Denis; Unger, Christian (2014): „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs ist nicht verfassungsfeindlich". In: *Hamburger Abendblatt*, 16.04.2014. Online verfügbar unter http://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article127003356/Islamische-Gemeinschaft-Milli-Goerues-ist-nicht-verfassungsfeindlich.html, zuletzt geprüft am 08.09.2014.

## Zwischenfazit: Plurale Metropole Hamburg

Anhand der Ausgangsdaten kann gesehen werden, dass Hamburg als Stadt von Menschen mit vielfältigen Hintergründen geprägt ist. Migration und Integration werden nicht nur im Alltag vieler Menschen sichtbar, sondern ebenso in öffentlich geführten medialen Debatten z.B. über die Beschneidung, das Kopftuch, Moscheebau und Islamkritik wahrgenommen. Debatten über die Zugehörigkeit religiöser Minderheiten – besonders mit Bezug auf Musliminnen und Muslime – wurden im bundesdeutschen Kontext in den letzten Jahrzehnten zunehmend polemisch und konflikthaft geführt (Cakir 2014; Shooman 2014). Durch die internationalen Konflikte in Israel-Palästina, im Irak und in Syrien werden die Themenfelder Islam und Radikalisierung immer wieder miteinander verknüpft, finden Eingang in migrationspessimistische und abwehrende Debatten und sickern als ein spezifischer Konflikt postmigrantischer Gesellschaften in die Wahrnehmungsstrukturen einer breiten Bevölkerung ein. All diese Aspekte führen zu einer praktischen Omnipräsenz des Islam-Themas in der Lebensrealität vieler Menschen, gerade auch in urbanen Räumen. Es kommt zu stark reduktionistischen Vorstellungen gegenüber dem Islam und der muslimischen Bevölkerung in Deutschland, die sich auch als Reaktion auf einen unentschiedenen Umgang mit Vielfalt und jahrelange Abwertungsprozesse entwickelt haben.

In diesem Zusammenhang ist es von Interesse, welche Einstellungen die Menschen in einzelnen Bundesländern gegenüber der postmigrantischen Gesellschaft haben. Schließlich liegen zum einen wesentliche Kompetenzen zu deren Gestaltung auch bei den einzelnen Ländern, zum anderen ist der soziale Nahraum in den Ländern unterschiedlich von Vielfalt und Heterogenität geprägt.

# II. Einstellungen der Hamburger Bevölkerung zu religiöser Vielfalt am Beispiel der Akzeptanz von Islam und Muslimen in Deutschland

## 1. Religionsbezüge: Einstellungen zu religionspolitischen Themen

Das Verhältnis von Staat und Religion ist angesichts sinkender Mitgliedschaften der großen christlichen Kirchen und der zunehmenden religiösen Pluralisierung beständigen Herausforderungen ausgesetzt. Dabei wird zum einen ganz grundsätzlich diskutiert, welcher Platz Religion im weltanschaulich neutralen Staat zukommen soll, zum anderen, inwieweit Minderheitenreligionen gleiche Rechte zugestanden werden sollen wie insbesondere die katholische und evangelische Kirche.

Die folgenden Abschnitte zu Beschneidungsverbot, Moscheebau, dem Tragen des Kopftuchs und islamischem Religionsunterricht bilden auf der einen Seite zentrale Punkte in der öffentlichen Diskussion auf Bundes- und Landesebene ab, auf der anderen Seite stellen sie entscheidende Wegmarkierungen für die gesellschaftliche Partizipation einer religiösen Minderheit – den Musliminnen und Muslimen – dar. Ergänzt werden sie um Fragen, die generell die Akzeptanz von bestimmten Kooperationsformen zwischen Staat und Religionsgemeinschaften messen. So lässt sich zeigen, ob sich Einstellungen gegenüber islambezogenen Themen direkt auf den Islam als Religion beziehen oder ob es sich dabei um eine grundsätzliche Einstellung gegenüber Religion im Allgemeinen handelt. Insofern soll im folgenden Kapitel analysiert werden, welche kulturelle, sozial-räumliche, strukturelle und symbolische Anerkennung religiöser Vielfalt die Hamburger Bevölkerung signalisiert. Religiöse Vielfalt steht hier exemplarisch für einen sichtbaren und symbolischen Bestandteil heterogener postmigrantischer Gesellschaften. Die Einstellung zu religiöser Vielfalt wird hier, wie bereits in der Einleitung formuliert, exemplarisch am Beispiel der Einstellung gegenüber der größten religiösen Minderheit – den Musliminnen und Muslimen in Deutschland – erhoben.

### Kulturelle Anerkennung religiöser Vielfalt: Religiöse Beschneidung

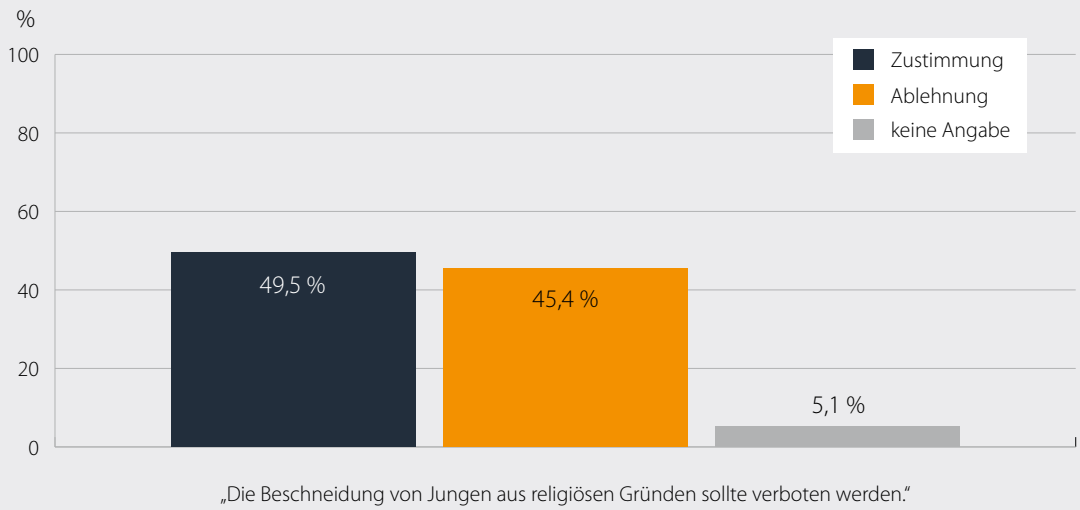
Zu den großen religionspolitischen Debatten der letzten Jahre zählt die Frage der religiös motivierten Beschneidung von Jungen. Sowohl im Islam[34] als auch im Judentum ist die Be-

34 Eine differenzierte Einschätzung zur religiös motivierten Beschneidung bei Jungen und Männern im Islam liefert Mathias Rohe. Vgl. Rohe, Mathias: Zur religiös motivierten Beschneidung von Jungen und Männern im Islam, Website der Deutschen Islam Konferenz 29.10.2012, online verfügbar unter: http://www.deutsche-islam-kon-

schneidung von Jungen vorgesehen. Für die über vier Millionen in Deutschland lebenden Angehörigen dieser Glaubensrichtungen ist die Beschneidung „[…] eine der stärksten Beglaubigungsformen ihrer Identität" (Brumlik 2012), die Beschneidung stellt damit einen konstitutiven Teil der jüdischen und muslimischen Religion dar (Knobloch 2012; Rabinovici 2012).

Diese Praxis wurde in Deutschland viele Jahre auch ohne gesetzliche Regelung toleriert. Erst als das Landgericht Köln 2012 die Beschneidung als Körperverletzung einstufte, entstand eine breite öffentliche, außerordentlich heftige Debatte. Im Zuge dieser wurde immer wieder unterstellt, dass jüdische und muslimische Eltern sich über die Grundrechte ihrer Kinder hinwegsetzen würden und das Kindeswohl für sie eine geringere Rolle spielen würde als ihre alten Traditionen (Putzke in Dernbach 2012). Die Debatte ging mit der Konstruktion eines regelrechten Dualismus zwischen „deutschem Rechtsdenken" und „jüdisch-muslimischem Religionsritus" (Darnstädt 2012) so weit, dass der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dieter Graumann, darin ein Aufflammen von Antisemitismus sah[35] und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel intervenierte.[36] Im Ergebnis verabschiedete der Deutsche Bundestag ein Gesetz, wonach Beschneidungen durch die Eltern auch ohne medizinische Notwendigkeit veranlasst werden können. Der Bundestag begründet das in einem Entschließungsantrag damit, dass „[j]üdisches und muslimisches religiöses Leben […] weiterhin in Deutschland möglich sein [muss]" (BT 2012a).

Abbildung 1: **Einstellungen zur religiösen Beschneidung in der Hamburger Bevölkerung**




ferenz.de/DIK/DE/Magazin/Recht/Beschneidung-Grundlagen/beschneidung-grundlagen-node.html, zuletzt geprüft am 06.08.2014.

35 Graumann, Dieter (2012): „Viele haben die Beschneidungsdebatte missbraucht". In: Welt-Online, 28.12.2012. Online verfügbar unter http://www.welt.de/politik/deutschland/article112264302/Viele-haben-die-Beschneidungsdebatte-missbraucht.html, zuletzt geprüft am 08.09.2014.

36 Spiegel-Online (2012): Umstrittene Rechtslage: Kanzlerin warnt vor Beschneidungsverbot. In: Spiegel-Online, 16.07.2012. Online verfügbar unter http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeskanzlerin-merkel-warnt-vor-beschneidungsverbot-a-844671.html, zuletzt geprüft am 08.09.2014.

Die Einstellungen gegenüber einem Beschneidungsverbot verdeutlichen, wie die Hamburger Bevölkerung – prototypisch für eine postmigrantische Gesellschaft, in der konkurrierende Normen und Werte ausgehandelt werden – mit dem Recht religiöser Minderheiten auf kulturelle Selbstbestimmung hadert: Auch zwei Jahre nach der Beschneidungsdebatte zeigen die Hamburgerinnen und Hamburger keine eindeutige Meinung (Abbildung 1).[37] So sprechen sich 49,5 % der Befragten für ein Verbot der religiös motivierten Beschneidung aus, während 45,4 % dies ablehnen.

Obwohl der Gesetzesentwurf der Bundesregierung „über den Umfang der Personensorge bei einer Beschneidung des männlichen Kindes" (BT 2012b) im Bundestag eine Mehrheit fand, hat sich diese Akzeptanz des Rechts der religiösen Beschneidung in der Bevölkerung noch nicht endgültig durchsetzen können. Offensichtlich wirkt das negative Bild, welches in der Debatte von der Beschneidung gezeichnet wurde, hier noch nach.

## Sozialräumliche Anerkennung religiöser Vielfalt: Repräsentative Moscheebauten

Während die Frage der Beschneidung Jüdinnen und Juden und Musliminnen und Muslime gleichermaßen betrifft, gab es in den letzten Jahren auch eine Reihe von gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen, in denen es ausschließlich um das Recht von Musliminnen und Muslimen geht, ihren Glauben in Deutschland sichtbar zu leben. Dazu zählen die wiederkehrenden Debatten um den Bau von repräsentativen Moscheen.

Derzeit gibt es in Deutschland ca. 2600 Moscheen (Häusler 2011). Die meisten von ihnen befinden sich in Hinterhöfen, auf Fabrikgeländen oder in ehemaligen Ladenlokalen (Leggewie et al. 2002: 10). Da sie auch keine Kuppeln oder Minarette besitzen, sind sie von außen nicht sofort als Moschee erkennbar.

Die seit den 1990er Jahren entstehenden sichtbaren und repräsentativen Moscheeneubauten sind Ausdruck davon, dass Musliminnen und Muslime Deutschland zunehmend als ihre neue Heimat verstanden haben (Kraft 2002: 199–202; Rommelspacher 2009). Immer wieder sorgten repräsentative Moscheebauten dabei für große Konflikte wie etwa in Köln-Ehrenfeld, Duisburg-Marxloh, Berlin-Heinersdorf oder Leipzig-Gohlis. Neben dem eigentlichen Bau wurde insbesondere gegen die Möglichkeit des Muezzinrufs und den Bau von Minaretten polemisiert. Auch das 2009 in der Schweiz per Volksabstimmung in die Verfassung verankerte Minarettverbot (Behloul 2010: 131–133) hat die deutsche Debatte weiter befeuert.[38]

Moscheebauvorhaben besitzen auch deswegen für die Analyse postmigrantischer Gesellschaften eine hohe Bedeutung, da hier die symbolische Position ausgehandelt wird, die den Musliminnen und Muslimen innerhalb des Stadtraums von der etablierten nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft zugestanden wird (Leggewie et al. 2002: 33). Mit der so entstehenden sozialräumlichen Präsenz muss sich eine postmigrantische Gesellschaft auseinandersetzen, was auch zu Konflikten mit jenen führt, die ihre Vorrechte auf symbolische Etabliertheit im öffentlichen Raum in Frage gestellt sehen.

37 Bei den Kategorien „Zustimmung", „Ablehnung" und „keine Angabe" handelt es sich um zusammengefasste Antworten: Die Kategorie „Zustimmung" enthält die Antworten „stimme voll und ganz zu" und „stimme eher zu", die Kategorie „Ablehnung" enthält die Antworten „stimme überhaupt nicht zu" und „stimme eher nicht zu" und die Kategorie „keine Angabe" enthält die Antworten „weiß nicht" und „Antwort verweigert". Außerdem können Rundungsfehler dazu führen, dass die Summe der betrachteten Anteilswerte nicht immer dem erwarteten Gesamtwert von 100 % entspricht.

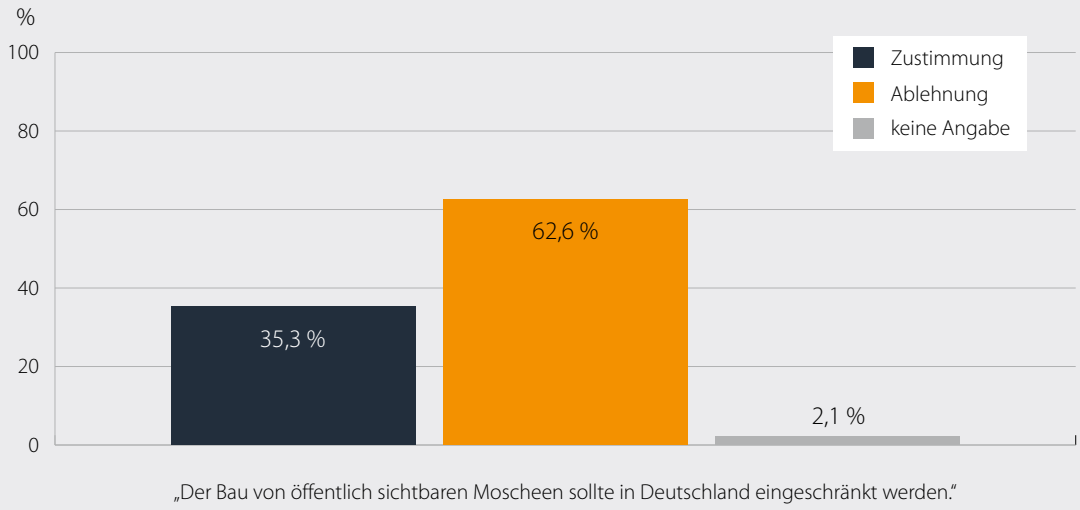
38 Die Debatte um Islamkritik in Deutschland zu Beginn des Jahres 2010 spiegelt dies wider. Vgl. Zusammenstellung des Heymat-Projektes: https://www.heymat.hu-berlin.de/debatte_islamkritik, zuletzt geprüft am 22.08.2014.

In Hamburg gab es bislang keine große Debatte zu Moscheeneubauten. Erst als 2013 das islamische Zentrum Al-Nour ankündigte, die ehemalige Kapernaumkirche in Hamburg-Horn zu einer Moschee umzubauen, entzündete sich eine Diskussion um die daraus entstehende Symbolwirkung.[39] Doch abseits davon – und das unterscheidet Hamburg von vielen anderen Städten – gehören öffentlich wahrnehmbare Moscheen wie die Imam-Ali-Moschee („Blaue Moschee") oder die Fazle-Omar-Moschee seit über 50 Jahren zum Stadtbild. Insgesamt gibt es in Hamburg ca. 50 Moscheen und Gebetsräume (Koch und Reinig 2013: 8).

Um hier die Einstellung der Hamburger Bevölkerung zu dieser sozialräumlichen Anerkennung religiöser Vielfalt zu erfassen, wurde nach der Zustimmung bzw. Ablehnung zu folgender Aussage gefragt: „Der Bau von öffentlich sichtbaren Moscheen sollte in Deutschland eingeschränkt werden."

Die Daten der vorliegenden Erhebung zeigen, dass sich die Hamburger Bevölkerung auch in Bezug auf weitere Moscheebauten grundsätzlich offen zeigt (Abbildung 2). So stimmen zwar ein Drittel (35,3 %) der Hamburgerinnen und Hamburger der Aussage zu „Der Bau von öffentlich sichtbaren Moscheen sollte in Deutschland eingeschränkt werden", knapp zwei Drittel (62,6 %) lehnen diese Aussage aber ab.

Abbildung 2: **Einstellungen zum Moscheebau in der Hamburger Bevölkerung**




„Der Bau von öffentlich sichtbaren Moscheen sollte in Deutschland eingeschränkt werden."

Diese relative Offenheit entspricht dem in der Eigendarstellung angelegten Narrativ als Stadt der Vielfalt. Zu diesem Image zählt nicht nur die kulturelle, ethnische, religiöse und nationale Vielfalt, sondern auch unterschiedliche Klassenmilieus, die sich in den einzelnen Vierteln auch baulich ausdrücken: So ist der alternative Arbeiterbezirk Altona genauso wie die gentrifizierte Hafencity ein Standortfaktor Hamburgs. Die sozialräumliche Heterogenität der postmigrantischen Gesellschaft spiegelt sich auch in der Vielfalt der Sakralbauten in Hamburg: So gibt es neben den 50 Moscheen 42 katholische und ca. 162 evangelische Kirchen, eine Synagoge,

39 Vgl. Die Welt (2013): Wenn aus einer Kirche eine Moschee werden soll. In: Die Welt, 05.02.2013. Online verfügbar unter http://www.welt.de/regionales/hamburg/article113400283/Wenn-aus-einer-Kirche-eine-Moschee-werden-soll.html, zuletzt geprüft am 08.09.2014.

zwei Cem-Häuser sowie sechs buddhistische und zwei hinduistische Tempel.[40] Doch trotz dieser Betonung von Vielfalt in der Eigendarstellung und trotz einer deutlichen Ablehnung der Einschränkung von öffentlich sichtbaren Moscheebauten muss festgehalten werden, dass jede dritte Hamburgerin bzw. jeder dritte Hamburger eine Einschränkung des Baus öffentlich sichtbarer Moscheen fordert.

## Strukturelle Anerkennung religiöser Vielfalt: Islamischer Religionsunterricht

Während die Beschneidung die Privat- und Intimsphäre sowie die kulturelle Ausgangsbasis der Gläubigen betrifft, der Moscheebau hingegen die öffentliche Präsenz muslimischen Lebens im sozialen Raum, gibt es auch eine Reihe von Konflikten, die sich direkt um das Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften drehen. Dieses ist in Deutschland noch immer von einer – wie es Ulrich Stutz bereits 1924 bezeichnet hat (Stutz 1924) – „hinkenden Trennung" geprägt, nach der es sich um getrennte Sphären handelt, die jedoch in kooperativer Weise miteinander verbunden sind. Dazu zählt etwa die Möglichkeit für Religionsgemeinschaften, den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erlangen, die kirchliche Seelsorge im Militär oder die Mitwirkung von Religionsgemeinschaften in Rundfunkräten. Religiös-weltanschauliche Neutralität ist nach dem Bundesverfassungsgericht als „eine offene und übergreifende, die Glaubensfreiheit für alle Bekenntnisse gleichermaßen fördernde Haltung" zu verstehen (Kopftuchurteil: BVerfG, 2 BvR 1436/02 vom 3.6.2003, Rn. 43).

Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass im Grundgesetz und in vielen Landesverfassungen Bezug auf Religion genommen wird, sei es in der Präambel mit einem Gottesbezug, der Garantie von Religionsfreiheit oder dem Religionsunterricht. In einigen Ländern werden darüber hinaus auch Bezüge zum Christentum in den Erziehungszielen hergestellt oder generell die Rolle der Kirchen positiv betont (Von Blumenthal 2009: 124–133). In der Hamburger Landesverfassung – ihrer Natur nach eher ein Organisationsstatut[41] – findet sich dagegen *kein* Verweis auf die Rolle von Religion. Selbst bei der Eidesformel sieht sie – anders als das Grundgesetz – die Möglichkeit der religiösen Beteuerung lediglich als zusätzliche Option an.

Besondere Relevanz entwickelt die Frage der Beziehung von Staat und Religion im Sozialraum Schule, zwingt dieser doch Menschen mit unterschiedlichen religiösen Auffassungen zum Miteinander. Nicht zuletzt dadurch, dass jede und jeder eigene Erfahrungen mit dem Schulbesuch gemacht hat und es hier um die Entfaltungsmöglichkeit von Kindern und Jugendlichen geht, polarisiert diese Frage in der öffentlichen Diskussion besonders stark. Ein Kernelement der Kooperation von Staat und Religionsgemeinschaften stellt der Religionsunterricht dar. Ähnlich wie auch im Grundgesetz (Art. 7 Abs. 3) heißt es im Hamburgischen Schulgesetz: „Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach. Er wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften im Geiste der Achtung und Toleranz gegenüber anderen Bekenntnissen und Weltanschauungen erteilt" (§ 7 Abs. 1). Die Mitwirkung der Religionsgemeinschaften wird insbesondere dadurch sichergestellt, dass sie den Lehrplan genehmigen müssen und den Religionslehrerinnen und -lehrern die religiöse Lehrbefähigung erteilen. Die Unterrichtspraxis in Hamburg gestaltet sich jedoch etwas anders:

40 Die Zahlen basieren auf den folgenden Quellen: Katholische Kirchen: Email vom 20.08.2014 der Katholischen Presse- und Informationsstelle des Erzbistums Hamburg; Evangelische Kirchen:
Email am 25.08.2014 der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Hamburg, Synagoge: Brandt et al. 2013: 3; Cem-Häuser: Uzun 2011; *Hamburger Abendblatt* 2011; buddhistische und hinduistische Tempel: Brandt et al. 2013: 3f.

41 So beschränkt sie sich weitgehend auf das Staatsorganisationsrecht und enthält etwa keinen Grundrechtsteil (Karpen 2006).

Statt getrenntem Unterricht für einzelne Konfessionen wird ein „Religionsunterricht für alle in evangelischer Verantwortung" angeboten.

Historisch lässt sich dieser religionspolitische Sonderfall durch die geringe Bedeutung der katholischen Kirche an den öffentlichen Schulen Hamburgs erklären. Den wenigen katholischen Schülerinnen und Schülern stand ein ausgebautes Netz katholischer Privatschulen zur Verfügung, an den öffentlichen Schulen wurde die evangelisch-lutherische Kirche zum einzigen Anbieter von Religionsunterricht (Doedens und Weiße 2007: 50). Dies blieb auch in Zeiten religiöser Pluralisierung und dem Verlust religiöser Bindungen der Fall. Viele Eltern anderer Religionszugehörigkeit schickten ihre Kinder zum von der evangelischen Kirche verantworteten Religionsunterricht, der dadurch eine immer stärker dialogische Ausrichtung erhielt (Doedens und Weiße 2007: 50). Bei diesem bundesweit einmaligen Modell wirkten seit Mitte der 1990er Jahre im „Gesprächskreis Interreligiöser Religionsunterricht" neben evangelischen Christen auch Juden, Muslime, Aleviten, Buddhisten und Bahai an der Ausgestaltung des Religionsunterrichts mit.[42]

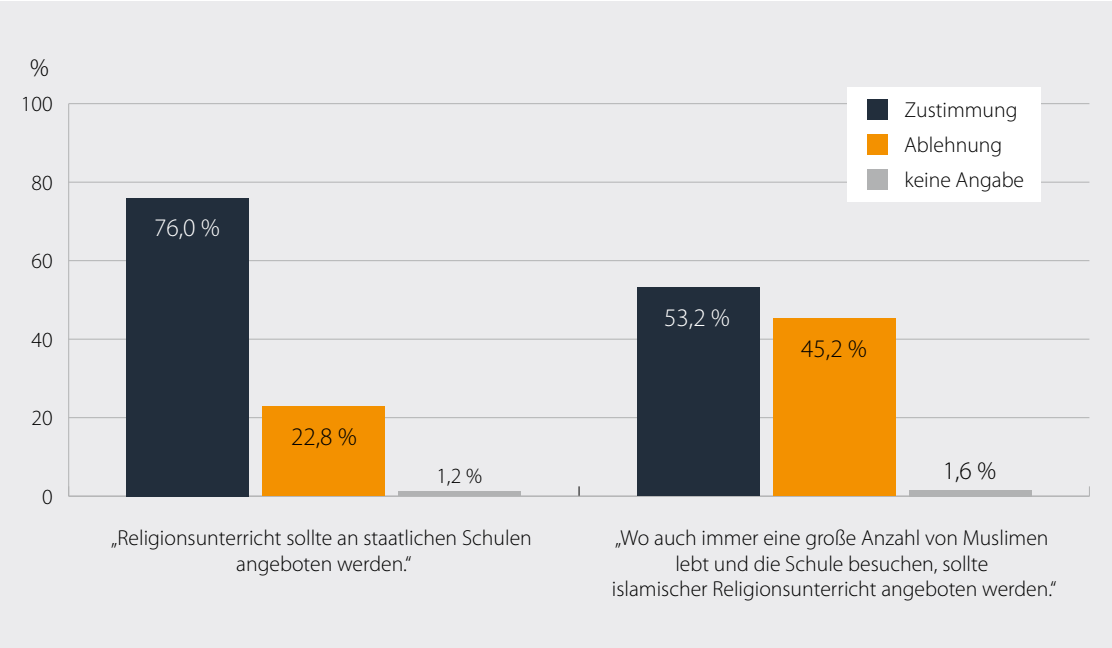
Der interreligiöse Unterricht wird im Staatsvertrag (Art. 6) zwischen dem Land Hamburg und den großen muslimischen Verbänden (DITIB, Schura, VIKZ) sogar ausdrücklich gelobt. Angemahnt wird jedoch eine Weiterentwicklung des Modells, um eine verfassungsrechtliche Gleichberechtigung der beteiligten Religionsgemeinschaften zu erreichen. Einen entscheidenden Schritt stellt dabei die „Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung des Religionsunterrichtes" dar, in der Vertreterinnen und Vertreter der Schulbehörde, der evangelischen Kirche, der muslimischen Verbände (DITIB, Schura, VIKZ), der alevitischen und der jüdischen Gemeinde (Bürgerschaft HH 2014c) beraten, wie die beteiligten Religionsgemeinschaften gleichberechtigt die Verantwortung für einen Religionsunterricht nach Art. 7 Abs. 3 des Grundgesetzes übernehmen können.

In einem Pilotprojekt werden seit dem Schuljahr 2014/15 an zwei Schulen exemplarische, durch die Arbeitsgruppe entwickelte Unterrichtseinheiten erprobt. Außerdem werden in Zukunft auch Lehrkräfte anderer Religionszugehörigkeit das Fach Religion unterrichten können.

Die Bevölkerung Hamburgs spricht sich mit einer überdeutlichen Mehrheit von 76,0 % für einen Religionsunterricht an staatlichen Schulen aus. Der Aussage „Wo auch immer eine große Anzahl von Muslimen lebt und die Schule besucht, sollte islamischer Religionsunterricht angeboten werden" stimmen dagegen nur 53,2 % der Befragten zu, wohingegen 45,2 % sie ablehnen. Insgesamt ist die Zustimmung zu einem islamischen Religionsunterricht also deutlich geringer als zum Religionsunterricht insgesamt (Abbildung 3).

42 Mit einem 2011 unterzeichneten Abkommen zum katholischen Religionsunterricht schert die katholische Kirche allerdings zunehmend aus dem Hamburger Konsens aus und installiert einen eigenen Religionsunterricht.

Abbildung 3: **Einstellungen zu (islamischem) Religionsunterricht in der Hamburger Bevölkerung**




Die Interpretation dieser Ergebnisse vor dem Hintergrund des spezifischen Hamburger Modells ist jedoch mit Schwierigkeiten verbunden. Die für die Befragung der Bundesbevölkerung allgemein gehaltenen Frageformulierungen beziehen sich auf das Angebot eines (islamischen) Religionsunterrichts allgemein, geben jedoch keine Auskunft über die konkrete Ausgestaltung des Unterrichts. Ob die hohe Zustimmung zu Religionsunterricht an staatlichen Schulen dem Hamburger Modell oder einem an einem speziellen Bekenntnis orientierten Religionsunterricht gilt, ist anhand dieser Fragestellung nicht erkennbar. Auch ist nicht eindeutig, ob die Gegnerinnen und Gegner eines islamischen Religionsunterrichts diesen aus dem gemeinsamen Unterricht verbannen und dem Islam die strukturelle Anerkennung verweigern wollen oder ob sie sich zugunsten des bestehenden Modells gegen einen ausschließlich islamischen, von dem gemeinsamen Religionsunterricht abgegrenzten Unterricht aussprechen.

## Symbolische Anerkennung religiöser Vielfalt: Kopftuch bei Lehrerinnen

Die Konfrontation mit Religion in der Schule tangiert auch Fragen nach der weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates. Diese erzwingt zwar nicht, dass Schule zu einem religiös-weltanschaulich sterilen Raum wird, verhindert aber ein einseitiges Bekenntnis des Staates zu einer Religion. Wie schwierig hier eine Grenzziehung sein kann, zeigt sich besonders an der Frage religiöser Symbole. Seit der Wiedervereinigung ist es in Deutschland vor allem bei zwei Fällen zu einer starken öffentlichen Debatte gekommen, in denen die rechtliche Auseinandersetzung jeweils bis vor das Bundesverfassungsgericht geführt wurde: Zum einen handelte es sich um das etwa in bayerischen Schulen noch heute übliche Kruzifix und zum anderen um das Kopftuch von muslimischen Lehrerinnen.

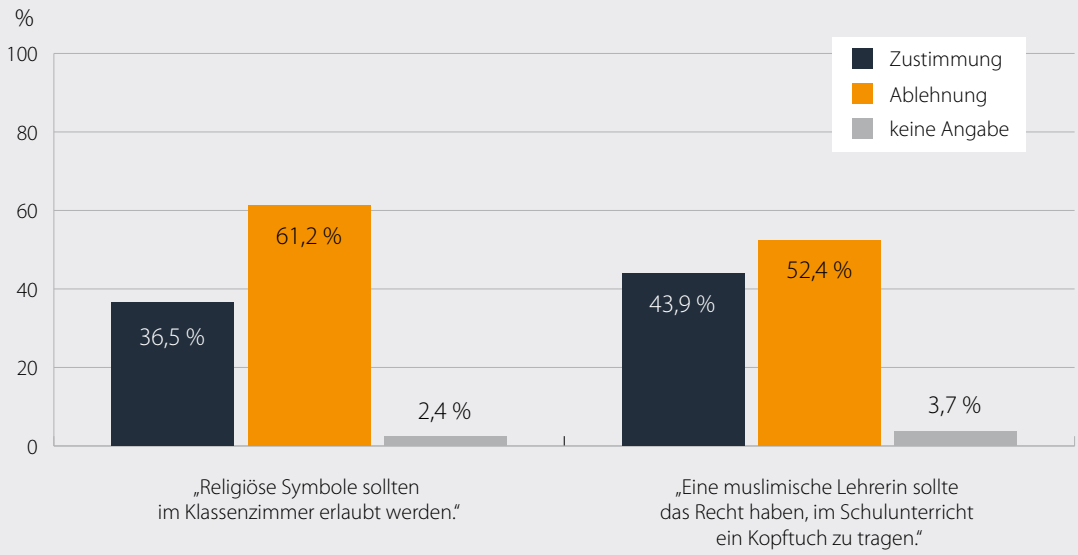
Laut der im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz (DIK) erstellten Studie „Muslimisches Leben in Deutschland" (MLD) tragen 27,6 % aller Musliminnen in Deutschland ein Kopftuch

(Haug et al. 2009: 194–195). Dieser Anteil ist bei den älteren Musliminnen deutlich höher als bei jüngeren (Haug et al. 2009: 196). Als Motiv für das Kopftuchtragen dominiert die Perspektive, dass es sich um eine religiöse Pflicht handle. Dies geben 92,3 % der befragten kopftuchtragenden Musliminnen an. An zweiter Stelle und von 42,3 % genannt folgt, dass das Kopftuch Sicherheit gebe. An dritter Stelle liegt der Wunsch, als Muslimin erkennbar zu sein. Fremderwartungen von Familie und/oder Partner spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle und werden jeweils von ca. 6–7 % der Kopftuchtragenden genannt (Haug et al. 2009: 205–206). Damit stellt das Kopftuch für die meisten Musliminnen einen selbstbestimmten Akt religiöser Bekundung dar.

In der vorliegenden Erhebung wurde zunächst allgemein nach der Toleranz gegenüber religiösen Symbolen im Klassenzimmer gefragt (Abbildung 4). Hier finden 61,2 % der befragten Hamburgerinnen und Hamburger, dass diese nicht erlaubt sein sollten. 36,5 % stimmen dem entgegen. Aufgrund der Frageformulierung ist zu erwarten, dass die Befragten bei religiösen Symbolen im Klassenzimmer eher an jene Symbole denken, die von staatlicher Seite angebracht werden (v.a. das Kruzifix) und nicht an Symbole, die Individuen wie etwa Schülerinnen und Schüler oder Lehrende tragen (z.B. Kette mit Kreuz, Kippa oder Kopftuch). Mit der hier gemessenen Einstellung stimmen die befragten Bürgerinnen und Bürger der bestehenden Praxis zu, gibt es in staatlichen Hamburger Schulen doch tatsächlich keine durch den Staat angebrachten Symbole.

Weniger eindeutig fällt das Urteil der Hamburger Bevölkerung bezüglich des Kopftuches aus (Abbildung 4). 43,9 % stimmen der Aussage „Eine muslimische Lehrerin sollte das Recht haben, im Schulunterricht ein Kopftuch zu tragen" zu. 52,4 % lehnen dies hingegen ab. Hier kann also von einer relativen Unentschiedenheit in der Positionierung zum Kopftuch bei Lehrerinnen ausgegangen werden – fast die Hälfte der Hamburgerinnen und Hamburger ist dafür, etwas mehr als die Hälfte dagegen.

Abbildung 4: **Einstellungen in der Hamburger Bevölkerung zu Kopftuch und religiösen Symbolen in der Schule**



Das Kopftuch stößt bei den befragten Hamburgerinnen und Hamburgern also auf eine höhere Akzeptanz als generell religiöse Symbole im Klassenzimmer. Offenkundig wird dem Kopftuch eher eine individuelle Prägung zugestanden und ein entsprechendes Verbot als Eingriff in die persönliche Freiheit und nicht als Angriff auf die weltanschaulich-religiöse Neutralität des Staates interpretiert.

Tatsächlich zeichnet sich Hamburg dadurch aus, dass es das einzige Land mit einem nennenswerten Anteil von Musliminnen ist, in dem kein Kopftuchverbot geplant wurde. Zusammen mit Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein gehört es zu den drei „alten" Bundesländern, in denen muslimische Lehrerinnen ohne Einschränkung mit Kopftuch unterrichten können. Diese Tatsache darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es an einer deutlichen Akzeptanz des Kopftuches als religiösem Symbol dennoch mangelt. So weist auch die OSI-Studie „Muslime in Hamburg" auf Anzeichen hin, wonach „sichtbare Zeichen des Glaubens eine Barriere für die Anstellung im öffentlichen Dienst [darstellen], etwa als Lehrerin oder bei der Polizei" (OSI 2010a: 2). Auch ist nicht auszuschließen, dass viele muslimische Lehrerinnen auf das Tragen des Kopftuches aus Angst vor möglichen Konflikten verzichten. Dass es zu solchen Konflikten kommen kann, zeigt der Fall einer muslimischen Aushilfslehrerin in Hamburg-Dulsberg im Jahr 2011. Dort diskutierten Eltern, Schülerinnen und Schüler und das Lehrpersonal lebhaft über die Zulässigkeit des Hijab der Lehrerin. Selbst einzelne Bürgerschaftsabgeordnete mischten sich in die Debatte ein und forderten ein Verbot.[43] Die Schülerinnen und Schüler zeigten hingegen eine höhere Toleranz.[44]

### Zwischenfazit: Meinungsvielfalt zu religiöser Vielfalt

Alles in allem zeigt die Hamburger Bevölkerung bezüglich religiöser Symbole im Klassenzimmer eine sehr säkulare Haltung. Der Begriff „säkular" wird in öffentlichen Debatten oft mit „nicht-religiös" gleichgesetzt und zusammen mit Freiheit, Autonomie und Rechtsstaatlichkeit als ein selbstverständlicher Aspekt bürgerlicher Demokratien erachtet (Asad 2003) In der Konsequenz wird das Religiöse oft als der Gegensatz von Vernunft und Rationalität begriffen und entsprechend mit Emotionalität, Repression und Rückwärtsgewandtheit assoziiert (Lee 2011: 2). In Hamburg hingegen genießt der Religionsunterricht trotz dieser grundlegenden Haltung eine hohe Zustimmung, mit deutlichen Abstrichen gilt dies auch für den islamischen Religionsunterricht. Auch beim Moscheebau zeigen sich die Hamburgerinnen und Hamburger im Mittel aufgeschlossen. Lediglich bei der Beschneidung und dem Kopftuch gibt es keine deutliche Mehrheitsposition.

## 2. Diversitätsbezüge: Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen

Wird Toleranz gegenüber Differenz und Pluralität als notwendiges Fundament einer demokratischen Kultur in postmigrantischen Gesellschaften verstanden, dann können ausgrenzende und abwertende Stereotype und Vorurteile gegenüber Minderheiten, wenn sie entsprechend instrumentalisiert werden, dieses Fundament aushöhlen (Zick et al. 2011: 20).

43 Braun, Carina; Kresse, Rebecca (2011): Lehrer kritisiert Kopftuch tragende Kollegin. In: *Hamburger Abendblatt*, 29.08.2011. Online verfügbar unter http://www.abendblatt.de/hamburg/article2006967/Lehrer-kritisiert-Kopftuch-tragende-Kollegin.html, zuletzt geprüft am 08.09.2014.

44 *Hamburger Abendblatt* (2011): Eltern protestieren gegen Lehrerin mit Kopftuch. In: *Hamburger Abendblatt*, 30.08.2011. Online verfügbar unter http://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article2008173/Eltern-protestieren-gegen-Lehrerin-mit-Kopftuch.html, zuletzt geprüft am 08.09.2014.

Stereotype und Vorurteile können anhand von Einstellungsmessungen abgebildet werden. Angelehnt an bereits vorhandene Messungen (Pollack 2010; Zick et al. 2011; Heitmeyer 2012; Decker et al. 2014) wurden anhand von sieben Aussagen Stereotype und Vorurteile gegenüber Musliminnen und Muslimen in Hamburg erfasst. In den vergangenen Jahren gab es diesbezüglich unterschiedliche Einstellungsmessungen auf der Bundesebene. Detlef Pollack zeigte etwa 2010 in der Studie „Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt", dass das Bild des Islam in Deutschland häufiger mit negativen Assoziationen einhergeht als mit positiven (Pollack 2010). Auch eine 2012 erschienene Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Allensbach und der Religionsmonitor 2013 bestätigen dies (Petersen 2012; Pollack und Müller 2013). Für Hamburg hat es im Rahmen dieser bundesweiten Studien keine belastbaren Zahlen gegeben, so dass auch keine zuverlässigen Aussagen für das Bundesland möglich waren (Yendell 2014: 64). Auf Grundlage des vorliegenden Datenmaterials ist es nun erstmals möglich, Einstellungsmuster der Hamburger Bevölkerung zu kultureller, ethnischer, religiöser und nationaler Vielfalt, die durch und nach Migrationsbewegungen entsteht, zuverlässig zu beschreiben.

Hamburgerinnen und Hamburger vertreten zwar überwiegend positive Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen, doch sind die negativen Haltungen weiterhin hoch (Abbildung 5). Eine deutliche Mehrheit (71,9 %) der Bevölkerung etwa sieht Musliminnen und Muslime nicht als eine soziale Belastung an. Dies ist begrüßenswert gerade vor dem Hintergrund öffentlicher Debatten – nicht zuletzt um Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab" – in denen immer wieder die angebliche Belastung beklagt wird, die Musliminnen und Muslime für die Sozialsysteme darstellen würden. Da diese Vorurteile empirisch relativiert werden können (Foroutan 2012: 38ff.), verweist eine Zustimmungsrate von ungefähr einem Fünftel der Bevölkerung (20,9 %) allerdings darauf, dass die öffentlichen Debatten teilweise leider auch in Hamburg wirksam waren.

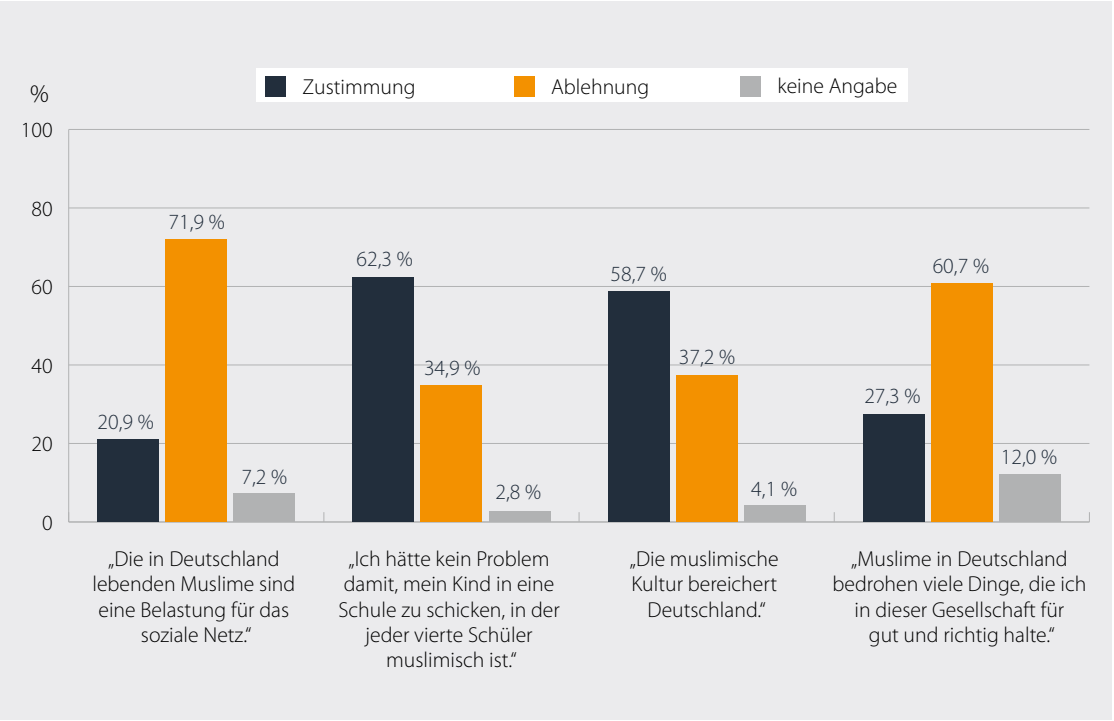
Die öffentliche Negativwahrnehmung gegenüber Musliminnen und Muslimen macht sich im bundesweiten Diskurs auch immer wieder an sogenannten „Problemschulen" fest. Der muslimische Hintergrund von Schulkindern wird oftmals synonym mit einer Problematisierung der Lernsituation gefasst (Karakayalı und zur Nieden 2014; Fincke und Lange 2012). Über ein Drittel der Hamburger Befragten nimmt eine ähnliche Gleichsetzung vor und wäre nicht bereit, das eigene Kind auf eine Schule zu schicken, in dem jedes vierte Kind muslimisch ist. Für 62,3 % der Hamburgerinnen und Hamburger stellt dies hingegen kein Problem dar (Abbildung 5).

Auch die Aussage, dass die muslimische Kultur Deutschland bereichert, findet zwar bei den meisten Befragten Zustimmung (58,7 %), aber gleichzeitig gibt es auch einen nicht unerheblichen Teil, der diese ablehnt (37,2 %). Diese Ablehnung verweist allerdings nicht notwendigerweise auf eine negative Einstellung gegenüber Musliminnen und Muslimen als Individuen, wurde doch nicht erfasst, was genau die Befragten mit „muslimischer Kultur" assoziieren. Überdies können ablehnende Antworten auch Ausdruck einer grundlegend religionskritischen Haltung sein, die – unabhängig vom Islam – das hohe Maß an Säkularität in der deutschen Gesellschaft bedroht sieht. Doch wenn man davon ausgeht, dass eine postmigrantische Gesellschaft von zahlreichen kulturellen Einflüssen lebt, dann kann eine Ablehnung durchaus als Skepsis gegenüber Vielfalt verstanden werden.

In der öffentlichen Debatte werden Musliminnen und Muslime nicht nur immer wieder als „Sozialschmarotzer", „Bildungsversager" und „kulturell-religiöse Fanatiker" dargestellt, sondern auch mit einem diffusen Bedrohungsgefühl assoziiert. Dies wird durch empirische Stu-

dien bestätigt[45] und durch Medienberichte – exemplarisch ein „Spiegel"-Cover aus dem Jahr 2007 mit dem Titel „Mekka Deutschland. Die stille Islamisierung"[46] oder 2014 der Titel des „Cicero" „Ist der Islam böse? Isis, Hamas, Hisbollah: Gewalt im Namen des Propheten" – wiederholt veranschaulicht.

Abbildung 5: **Einstellungen der Hamburger Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen bezüglich kultureller, struktureller, sozialer und emotionaler Anerkennung**




Daher fragte die vorliegende Studie nach der Zustimmung zur Aussage „Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte". 27,3 % der Hamburgerinnen und Hamburger stimmt ihr zu. Interessant ist die Beobachtung, dass unter den Personen, die die muslimische Kultur als Bereicherung betrachten, jede vierte Person Muslime gleichzeitig auch als Bedrohung empfindet (Tabelle 1). Und umgekehrt empfinden ca. 50 % der Personen, die die muslimische Kultur *nicht* als Bereicherung betrachten, Musliminnen und Muslime auch *nicht* als Bedrohung.

45 Exemplarisch dazu die Überschrift eines Artikels der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu einer Allensbacherhebung über Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen in Deutschland: „Die Furcht vor dem Morgenland im Abendland." (Petersen 2012).

46 Für eine umfassende Analyse des Titels vgl. ‚Mekka Deutschland'. Islamophobie als Effekt der Spiegel-Berichterstattung. Eine Diskursfragmentanalyse, https://www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DIK/DE/Downloads/Sonstiges/drspetsmann-kunkel_mekkadeutschland.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 27.08.2014. Für weitere Medienanalysen vgl. Schiffer 2005; Hafez und Richter 20 7. .

Tabelle 1: **Zusammenhang zwischen kultureller und emotionaler Anerkennung in der Hamburger Bevölkerung**

| | | „Die muslimische Kultur bereichert Deutschland." | | |
|---|---|---|---|---|
| *„Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte."* | | **Zustimmung (n=248)** | **Ablehnung (n=157)** | **keine Angabe (n=17)** |
| | **Zustimmung** | 23,5 | 32,8 | 33,0 |
| | **Ablehnung** | 67,9 | 52,9 | 28,0 |
| | **keine Angabe** | 8,6 | 14,3 | 39,0 |
| | | **100** | **100** | **100** |

Diese gefühlte Gleichzeitigkeit von Bereicherung und Bedrohung verweist auf die Ambivalenz der Frage: Mit „muslimischer Kultur" assoziieren Hamburgerinnen und Hamburger anscheinend sowohl Positives (z.B. Döner, Falafel, Tausendundeine Nacht, Tag der offenen Moschee, islamische Gelehrte, muslimische Comedians) als auch Negatives (z.B. Frauenunterdrückung, Terrorismus).[47]

Um zu konkretisieren, was ca. ein Viertel der Hamburger Bevölkerung (27,3 %) mit einem subjektiven Bedrohungsgefühl gefährdet sah, wurde im Anschluss die Frage „Welche Dinge sehen Sie in dieser Gesellschaft durch Muslime bedroht?" gestellt (Tabelle 2). Auch hier wurden die Angaben über eine offene Nennung mit einer anschließenden Codierung aufgenommen. Mehrfachnennungen waren möglich und flossen in die Auswertung mit ein.

Tabelle 2: **Am häufigsten wahrgenommene Bedrohungen in der Hamburger Bevölkerung**

| | **in %** |
|---|---|
| **Soziales Miteinander** | 26,2 |
| **Sicherheit, Ordnung** | 20,3 |
| **Religion** | 14,9 |

Tabelle 2 zeigt, dass die meisten der Hamburger Befragten mit rund 26,2 % das soziale Miteinander bedroht sehen. Darunter fallen Angaben wie bspw. die Bildung von Parallelgesellschaften mit Schariarecht, die Art des Zusammenlebens und Nichtanpassung sowie kulturelle Werte wie Toleranz und Respekt, die das soziale Miteinander bestimmen. Schließlich finden sich hier auch Antworten, die die vermeintlich „eigene" oder „deutsche" Kultur thematisieren. Sie veranschaulichen eine Grundannahme der Theorien zu Vorurteilen und Stereotypen, nach denen es weniger um die – realen oder vermeintlichen – Eigenschaften der Fremdgruppe geht, sondern vielmehr der Blick auf die Eigengruppe Erkenntnisse darüber zeigt, was als „normal", „gut" oder „schützenswert" gilt.[48]

Am zweithäufigsten werden mit 20,3 % Aussagen genannt, die auf Werte wie Sicherheit und Ordnung hindeuteten. Hierzu zählen bspw. Aussagen zur Sicherheit u. a. in Bezug auf Kriminalität oder „rechtliche Dinge" betreffend. Hier zeigen sich möglicherweise Auswirkungen

47 Alle diese Beispiele wurden bei offenen Nennungen erfasst. Die Fragestellungen lauteten „Wen haben Sie im Kopf, wenn Sie an Muslime denken?" sowie „Welche Dinge sehen Sie in dieser Gesellschaft durch Muslime bedroht?". Für der Beantwortung der Frage nach dem Verständnis von muslimischer Kultur können die hier gewonnen Antworten lediglich als Anhaltspunkte dienen.

48 Von diesem Ausgangspunkt geht beispielsweise die Social Identity Theory (Tajfel und Turner 1986) aus.

medialer Diskurse, die Musliminnen und Muslime überproportional mit Themen wie Terrorismus und Gewalt in Zusammenhang bringen (Hafez und Richter 2007; Schiffer 2005).

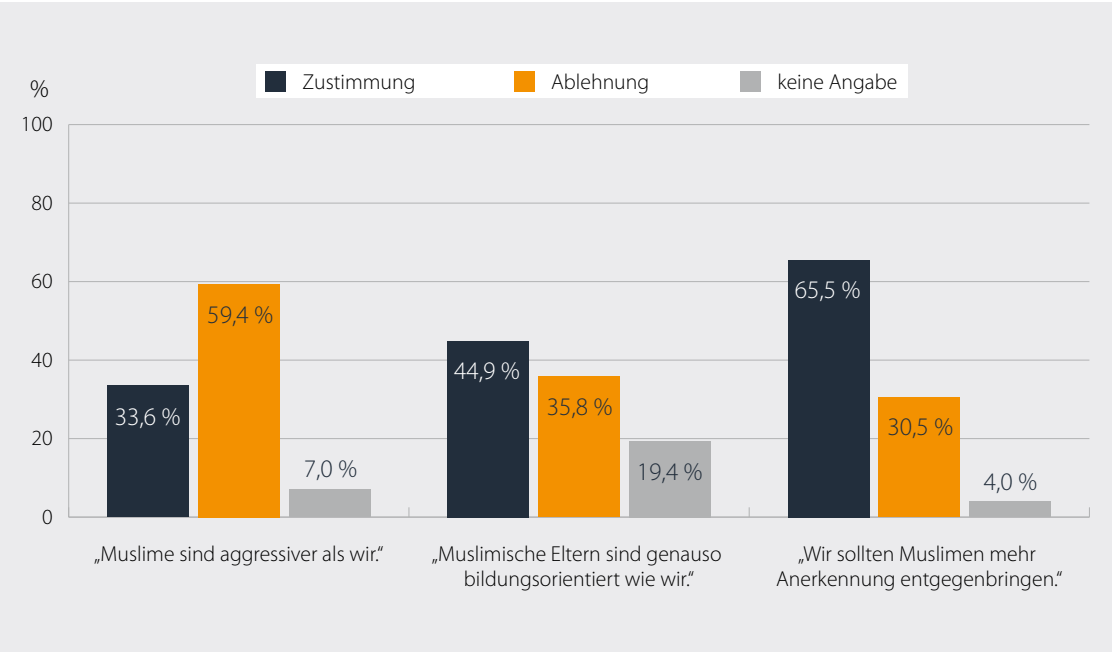
An dritter Stelle stehen Nennungen, die eine Bedrohung der Religions- und Glaubensfreiheit sehen. 14,9 % der Hamburgerinnen und Hamburger treffen eine Aussage, die in diese Kategorie einzuordnen ist. Sie können sowohl ein Hinweis sein auf eine möglicherweise generelle Religionsskepsis in der Stadt Hamburg als auch andocken an Vorstellungen vom Islam als intoleranter, missionierender Religion.

Entsprechend wurden in einem experimentellen Design für drei Aussagen mit verschiedenen Themeninhalten ein „wir" als Komplementärgruppe eingeführt, um zu erfahren, in welches Verhältnis Musliminnen und Muslimen von Hamburger Befragten zu diesem nicht näher bestimmten „wir" gesetzt werden.

Es standen drei Aussagen zur Auswahl, bei denen die Befragten angeben sollten, ob sie ihnen zustimmen oder nicht zustimmen (Abbildung 6).

33,6 %, der Hamburger Befragten stimmen der Aussage zu „Muslime sind aggressiver als wir". 59,4 % lehnen diese ab. Damit geht knapp ein Drittel aller Befragten davon aus, dass es zum einen etwas unverändert „Muslimisches" gibt – nämlich ein hohes Aggressionspotential. Zum anderen markiert dieses knappe Drittel Muslime als klare Fremdgruppe. Diese unhinterfragte Gegenüberstellung zwischen der Eigengruppe und „den" Muslimen wird zwar durch die Frage nahegelegt, bleibt aber bei fast allen Befragten unwidersprochen und zieht sich durch die Folgeantworten.

Abbildung 6: **Wahrnehmung von Musliminnen und Muslimen in Abgrenzung zu einer Wir-Gruppe in der Hamburger Bevölkerung**




Wird etwa nach der Bildungsorientierung von Muslimen gefragt, also „Muslimische Eltern sind genauso bildungsorientiert wie wir", dann stimmen dem 44,9 % der Befragten zu, während 35,8 % dem nicht zustimmen. Bei dieser Aussage antworten immerhin 19,4 %, dass sie es nicht wüssten.

Der Aussage „Wir sollten Muslimen mehr Anerkennung entgegenbringen" stimmen 65,5 % der Hamburger Befragten voll und ganz bzw. eher zu. 30,5 % lehnten dies hingegen ab.

Auffallend ist, dass bei allen Aussagen fast ein Drittel der befragten Hamburgerinnen und Hamburger eine eher aus- bzw. abgrenzende Haltung gegenüber Musliminnen und Muslimen einnimmt. Bereits bei den vorangegangenen Aussagen (vgl. Abbildung 5) hat bei den meisten Aussagen ein ähnlich hoher Anteil der Hamburger Bevölkerung eine solche Haltung eingenommen. Allerdings handelt es sich bei diesen Befragten nicht um einen einheitlichen Block, vielmehr ändert sich seine Zusammensetzung je nach Themeninhalt. Dieses uneinheitliche Antwortverhalten fiel bereits bei den Aussagen zur Bedrohung und Bereicherung auf (vgl. Tabelle 1), aber es fällt ebenso auf, wenn die bildungsbezogenen Aussagen betrachtet werden (Tabelle 3):

Tabelle 3: **Zusammenhang zwischen geschätzter Bildungsorientierung und sozialer Anerkennung in der Hamburger Bevölkerung**

| | | **„Muslimische Eltern sind genauso bildungsorientiert wie wir."** | | |
|---|---|---|---|---|
| *„Ich hätte kein Problem damit mein Kind in eine Schule zu schicken in der jeder vierte Schüler muslimisch ist."* | | **Zustimmung (n=179)** | **Ablehnung (n=143)** | **keine Angabe (n=78)** |
| | **Zustimmung** | 59,8 | 47,5 | 69,7 |
| | **Ablehnung** | 37,1 | 50,0 | 26,2 |
| | **keine Angabe** | 3,2 | 2,5 | 4,2 |
| | | **100** | **100** | **100** |

Auch wenn Personen die Bildungsorientierung von muslimischen Eltern mit denen der Vergleichsgruppe „wir" gleichsetzen, gibt es in dieser Gruppe dennoch Vorbehalte, das eigene Kind in eine Schule zu schicken, in der jede vierte Schülerin bzw. jeder vierte Schüler muslimisch ist (37,1 %). Hier scheinen also noch weitere Stereotype als das der Bildungsferne die Schulwahl zu beeinflussen: Unter Umständen könnten es Vorstellungen von Musliminnen und Muslimen als aggressiv, gewalttätig oder frauenverachtend sein, die nicht-muslimische Eltern auch dann Distanz zu muslimischen Kindern suchen lassen, wenn diese als ähnlich bildungsorientiert wahrgenommen werden. Insofern ist die bei der Schulwahl häufig von Eltern ins Feld geführte Aussage, man würde sein Kind nur aus Leistungsgründen nicht auf eine Schule mit einem hohen Migrationsanteil schicken, vor dem Hintergrund der vorliegenden Erkenntnisse kritisch zu hinterfragen.

Tabelle 4: **Zusammenhang zwischen sozialer und emotionaler Anerkennung in der Hamburger Bevölkerung**

| | | **„Muslime in Deutschland bedrohen viele Dinge, die ich in dieser Gesellschaft für gut und richtig halte."** | | |
|---|---|---|---|---|
| *„Ich hätte kein Problem damit mein Kind in eine Schule zu schicken in der jeder vierte Schüler muslimisch ist."* | | **Zustimmung (n=115)** | **Ablehnung (n= 256)** | **keine Angabe (n= 51)** |
| | **Zustimmung** | 39,5 | 75,8 | 46,2 |
| | **Ablehnung** | 58,6 | 21,9 | 47,3 |
| | **keine Angabe** | 1,9 | 2,4 | 6,5 |
| | | **100** | **100** | **100** |

So sind vor allem Personen, die Musliminnen und Muslime als Bedrohung ansehen, weniger geneigt, ihr Kind auf eine Schule zu schicken, auf der jede/r vierte Schülerin bzw. Schüler muslimisch ist (Tabelle 4). Offensichtlich erzeugt die Aussage „Jeder vierte Schüler ist mus-

limisch" implizit eine Bedrohungskulisse, die besonders bei den Personen, die Musliminnen und Muslime im Allgemeinen als Bedrohung betrachten, anschlägt und zu entsprechendem Ausgrenzungspotential führt.

Die Wir-Ihr-Dichotomie stellte einen interessanten Bestandteil der Frage dar, weil anschließend den befragten Personen die Möglichkeit zur Erläuterung gegeben wurde, wen sie unter diesem „wir" verstehen.[49] Da es sich hierbei um eine offene Angabe handelt,[50] konnte hier eine hohe Bandbreite an Aussagen aufgenommen und durch eine nachträgliche Codierung sowie Kategorisierung statistisch greifbar gemacht werden. Überraschenderweise nennen 40,0 % der befragten Hamburger die ethnische bzw. nationale Kategorie „deutsch" mindestens ein Mal. Darunter fallen Antworten wie „Deutsche" oder „deutsche Bevölkerung". Derlei Antworten sind Kennzeichen für Exklusionsdenken, implizieren sie doch, dass „deutsch" und „muslimisch" einander ausschließende Kategorien sind – als gäbe es keine deutschen Musliminnen und Muslime und keine muslimischen Deutschen. Anders ist es bei den ausschließlich religionsbezogenen Kategorien, darunter Nennungen wie „nicht-muslimisch" oder „christlich". Dies sind logische Komplementärkategorien zu „muslimisch", die allerdings nur von 7,9 % der Hamburger Befragten angegeben werden. Andere Befragte geben sonstige Faktoren wie familiäres Umfeld, die Gesellschaft, Freunde etc. als Komplementärkategorie an. 6,8 % der Hamburgerinnen und Hamburger wollen oder können sich nicht festlegen und verweisen damit unter Umständen auf eine Sichtweise, die starren und eindeutigen Identitäten skeptisch gegenüber steht. Eine befragte Person bringt diese Widersprüchlichkeit klar zum Ausdruck: *„Das ist ja genau das Problem, es gibt nicht den Deutschen, es gibt nicht den Moslem oder Türken, das bringt mich ins Schwimmen."*

## Zwischenfazit: Hamburg zwischen stabilen Differenzkonstruktionen und Normalisierungsprozessen

Zusammenfassend kann trotz der überwiegend positiven Aussagen bei den meisten Fragen ein hohes Potential an exkludierendem Denken gegenüber Musliminnen und Muslimen gesehen werden. Deutlich abwertende Aussagen, die Musliminnen und Muslime als aggressiv, bildungsfern und bedrohlich darstellen, werden von knapp einem Drittel der befragten Hamburgerinnen und Hamburger geteilt. Auch die Bereitschaft, Distanz und Differenzkonstruktionen über die junge Generation in der Schule abzubauen, ist bei einem Drittel der Befragten nicht zu erkennen. Nun mag mit einer optimistischen Blickweise anerkannt werden, dass immerhin zwei Drittel der Hamburger Bevölkerung diese Exklusionsgedanken nicht teilen – und dem ist auch zuzustimmen. Allerdings sind 30 % eine ernstzunehmende Gruppengröße, die – wenn es nicht gelingt, Ressentiments abzubauen – über islamfeindliche Rhetorik unter Umständen für rechtspopulistische Parteien mobilisiert werden könnte.

Positiv erscheint zwar, dass nur 0,6 % der befragten Hamburger über alle sieben Aussagen hinweg konstant aus- bzw. abgrenzend antworten, aber 12,5 % antworten zumindest bei sechs der sieben Aussagen entsprechend. Auf der anderen Seite antworten 24,7 % der Hamburgerinnen und Hamburger hingegen konstant inklusiv – ihre positive Einstellung gegenüber Vielfalt, exemplarisch erfasst anhand ihrer Einstellung zu Musliminnen und Muslimen, ist nicht themenabhängig, sondern durchgängig stabil. Weitere 19,2 % antworten zumindest bei sechs von sieben Aussagen inklusiv.

49 Die Frage lautete: „An wen haben Sie eigentlich gedacht, bei dem ‚wir'?"

50 Bei geschlossenen Angaben sind im Gegensatz zu offenen Angaben die Antwortkategorien vorgegeben.

# 3. Wissensbezüge: Wissen über Musliminnen und Muslime

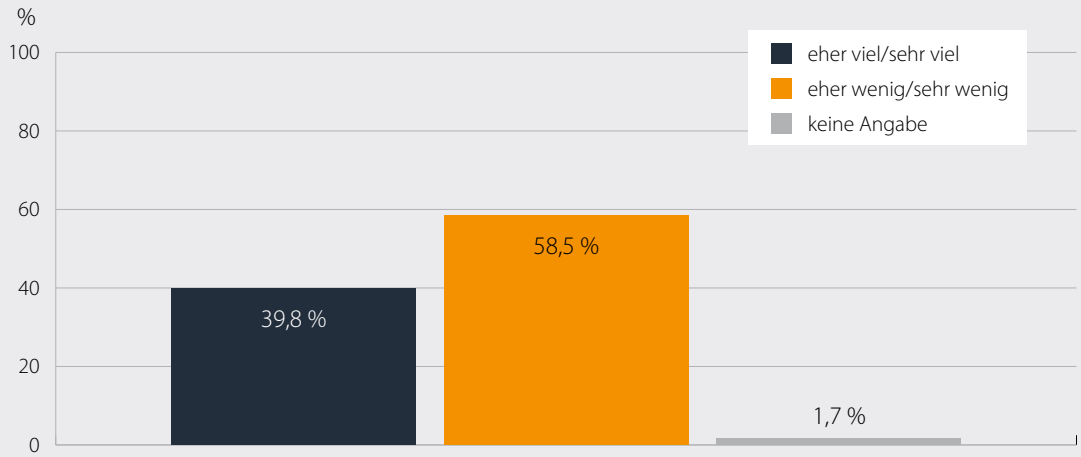
## Einschätzung des eigenen Wissens über Muslime in Deutschland

In den vorangegangenen Kapiteln wurde dargestellt, welche Einstellungen in der Hamburger Bevölkerung gegenüber Musliminnen und Muslimen vorherrschen. Bei dem folgenden Kapitel handelt es sich um eine ergänzende Komponente der Befragung, mit der festgestellt werden kann, auf welcher selbsteingeschätzten Wissensbasis die Befragten ihre Einschätzungen abgegeben haben.[51]

Zunächst zeigt sich, dass 58,5 % der befragten Hamburger Bevölkerung ihr eigenes Wissen über Musliminnen und Muslime als eher bzw. sehr wenig einschätzen. 39,8 % hingegen meinen sehr bzw. eher viel über Musliminnen und Muslime zu wissen (Abbildung 7).

Weitere Analysen haben gezeigt, dass das subjektiv als hoch oder als niedrig eingeschätzte Wissen keinen Effekt auf die Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen hat. So findet sich beispielsweise kein Unterschied in der Wahrnehmung der Aggressivität von Musliminnen und Muslimen zwischen Personen, die ihr Wissen als hoch und solchen, die ihr Wissen als niedrig einschätzen.

Abbildung 7: **Einschätzung des eigenen Wissens über Musliminnen und Muslime in der Hamburger Bevölkerung**

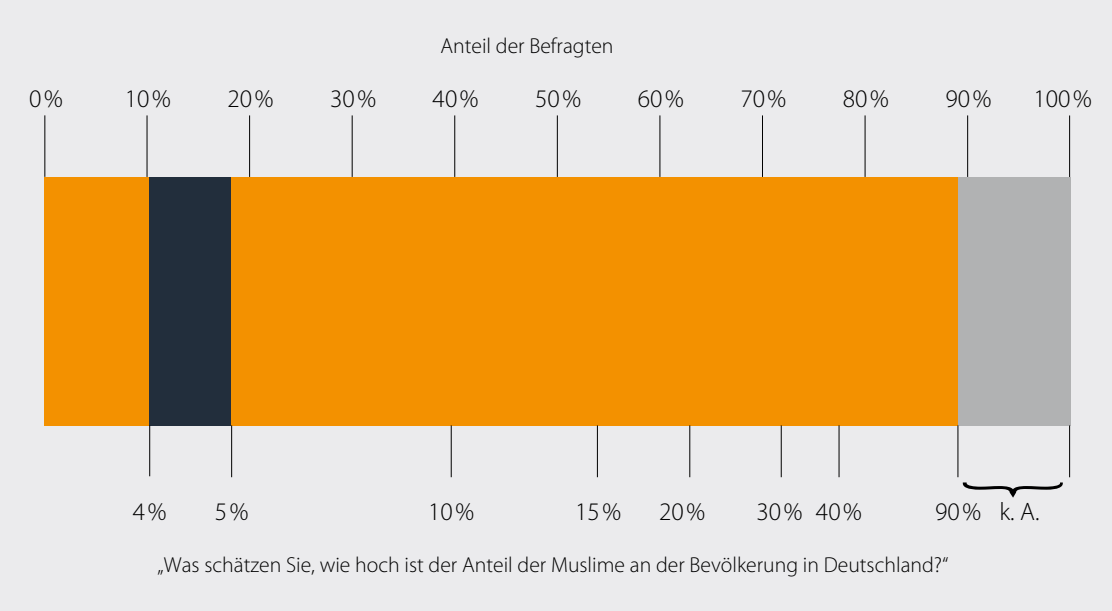



51 Die konkrete Frage lautete: „Wie würden Sie Ihr Wissen über Muslime einschätzen? Wissen Sie sehr viel, viel, nicht so viel oder gar nichts über Muslime in Deutschland?"

## Bezugsgröße: Wie hoch wird der Anteil der Muslime in Deutschland geschätzt?

Ergänzend zur subjektiven Einschätzung des eigenen Wissens über Musliminnen und Muslime sollten die Befragten auch den Anteil der Musliminnen und Muslime an der Bevölkerung in Deutschland schätzen (Abbildung 8).[52]

Abbildung 8: **Schätzung des Anteils der Musliminnen und Muslime an der Bevölkerung in Deutschland durch die Hamburger Befragten**




„Was schätzen Sie, wie hoch ist der Anteil der Muslime an der Bevölkerung in Deutschland?"

In Deutschland leben der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland" zufolge zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Musliminnen und Muslime. Das macht einen Anteil von 4,6–5,2 % an der Gesamtbevölkerung aus (Haug et al. 2009: 80). In unserer Erhebung liegen 7,89 % der Befragten mit ihrer Schätzung eines Anteils von ca. 5 % im Bereich des realen muslimischen Bevölkerungsanteils. Das bedeutet auch, dass ca. 92,1 % der befragten Personen den Anteil falsch schätzen bzw. keine Angabe machen. Immerhin liegen insgesamt 39,6 % mit ihrer Schätzung in der Nähe des realen Werts: So unterschätzen 10,3 % der Befragten mit Werten zwischen 1 % und 4 % den realen Anteil der Musliminnen und Muslime an der Bevölkerung in Deutschland und 21,5 % überschätzen diesen im Bereich von 6 % bis 10 % leicht. Der Anteil der Personen, die den Anteil deutlicher überschätzen, liegt bei insgesamt 49,4 %. So überschätzen 23,3 % der Befragten den Anteil mit Schätzwerten zwischen 11 % bis 20 % stark und 26,1 % überschätzen diesen mit Werten von über 20 % sehr stark. Schließlich machen ca. 10,9 % der Befragten keine Angabe zu der Anteilsfrage.[53] Zudem zeigt sich, dass die subjektive Wissenseinschätzung keinen Einfluss darauf hat, ob der Anteil richtig geschätzt wird (Tabelle 5).[54]

52 Es handelte sich bei der Frage nach dem geschätzten Anteil von Musliminnen und Muslimen in Deutschland um eine offene Abfrage. Die Kategorien wurden im Nachhinein erstellt.

53 43 der Befragten geben dabei „weiß nicht" an und eine Person verweigert die Antwort.

54 Zur weiteren Analyse wurden die geschätzten Anteilswerte in die Kategorien „1–10 %", „11–20 %", „über 20 %" sowie „keine Angabe" zusammengefasst.

Tabelle 5: **Zusammenhang zwischen dem selbst eingeschätzten Wissen und dem geschätzten Anteil von Musliminnen und Muslimen in Deutschland bei den Hamburger Befragten**

| | | Einschätzung des eigenen Wissens | | |
|---|---|---|---|---|
| | | **eher wenig/ sehr wenig (n=234)** | **eher viel/ sehr viel (n=159)** | **keine Angabe (n=7)** |
| *Geschätzter Anteil der Musliminnen und Muslime in Deutschland* | **1–10 %** | 38,4 | 44,4 | 7,6 |
| | **11–20 %** | 26,4 | 23,7 | 59,0 |
| | **Über 20 %** | 25,0 | 25,7 | 11,2 |
| | **keine Angabe** | 10,2 | 6,3 | 22,2 |
| | | **100** | **100** | **100** |

In der 2001 in Hamburg durchgeführten Studie „Einstellungen von Deutschen zu Migrantinnen und Migranten" wurde bereits festgestellt, dass die geschätzte Höhe des Ausländeranteils in den Bundesländern vom Grad der „Fremdenfeindlichkeit" abhängt (Grabowski 2001: 41). In der vorliegenden Erhebung zeigt sich, dass Personen, die den Anteil von Musliminnen und Muslimen in Deutschland deutlich überschätzen, diese eher aggressiver wahrnehmen als Personen, die den Muslimanteil nicht so deutlich überschätzen (Tabelle 6):

Tabelle 6: **Zusammenhang zwischen der Beantwortung der Frage zur Aggressivität von Musliminnen und Muslimen und der Schätzung ihres Anteils in Deutschland bei den Hamburger Befragten**

| | | Geschätzter Anteil der Musliminnen und Muslime in Deutschland | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | **1–10 % (n= 167)** | **11–20 % (n=99)** | **über 20 % (n=110)** | **Keine Angabe (n=46)** |
| *„Muslime sind aggressiver als wir."* | **Zustimmung** | 21,1 | 32,1 | 61,9 | 14,7 |
| | **Ablehnung** | 72,1 | 59,9 | 33,6 | 73,5 |
| | **Keine Angabe** | 6,7 | 8,0 | 4,5 | 11,8 |
| | | **100** | **100** | **100** | **100** |

So stimmen 32,1 % der Personen, die den Anteil der Musliminnen und Muslime in Deutschland zwischen 11 % und 20 % schätzen, der Aussage „Muslime sind aggressiver als wir" zu. Personen, die den Anteil auf über 20 % schätzen, stimmen zu 61,9 % zu. Hamburgerinnen und Hamburger, die in der Nähe (ca. 1–10 %) des realen Muslimanteils schätzen, stimmen der Aussage lediglich zu 21,1 % zu.

Die Überschätzung des Anteils der Musliminnen und Muslime an der Bevölkerung könnte für ein Bedrohungsgefühl stehen, das mit erhöhter Wahrnehmung von Aggressivität bei Musliminnen und Muslimen einhergeht. Allerdings bleibt unklar, ob die Stereotypisierung von Musliminnen und Muslimen als aggressiver zur Überschätzung ihres Anteils an der Bevölkerung in Deutschland führt, oder ob umgekehrt die Überschätzung zur Stereotypisierung führt.

## Quellen des Wissens über Musliminnen und Muslime in Deutschland

Inwiefern Einstellungen und Wahrnehmungen von den jeweiligen Quellen abhängen, die Personen hauptsächlich für die Informationsbeschaffung zu einem bestimmten Sachverhalt nutzen, ist in der Forschung nicht eindeutig geklärt.[55] Wissensquellen führen sicherlich nicht zwangsweise zu einer bestimmten Einstellung bzw. der Zusammenhang zwischen Wissensquelle und Einstellung ist nicht eindeutig nachweisbar. Denn der Informationsgehalt bspw. einer Nachricht kann sich auch in ein bereits vorhandenes Einstellungsmuster eingliedern bzw. dieses ergänzen. Umgekehrt kann es auch sein, dass Personen Wissensquellen nutzen, die ihre Einstellungen bestätigen (Bonfadelli und Friemel 2011: 147ff.).

Die Medienwirkungsforschung spricht davon, dass bspw. Massenmedien bei unbekannten Einstellungsgegenständen Personen einen ersten Eindruck vermitteln und damit einen wichtigen Stellenwert bei der Neubildung von Einstellungen einnehmen können. Aber auch Informationen, die im Austausch zwischen Personen vermittelt werden, sind in diesem Prozess sehr wichtig (Bonfadelli und Friemel 2011: 144). Aus diesem Grund haben wir in unserer Erhebung nach Quellen gefragt, aus denen die Personen ihr Wissen über Musliminnen und Muslime in Deutschland hauptsächlich beziehen (Tabelle 7).[56] Mehrfachnennungen waren möglich. Im Folgenden haben wir die häufigsten fünf Nennungen aufgeführt:

Tabelle 7: **Am häufigsten genannte Wissensquellen der Hamburger Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen**

| | in % |
|---|---|
| **Gespräche mit Musliminnen und Muslimen** | 43,4 |
| **Fernsehen** | 39,7 |
| **Zeitung** | 36,1 |
| **Erfahrung/ Beobachtung** | 31,5 |
| **Gespräche über Musliminnen und Muslime** | 17,9 |

Es zeigt sich, dass 43,4 % der Hamburger Befragten ihr Wissen über Musliminnen und Muslime auch aus Gesprächen mit eben diesen ziehen[57] und 31,5 % dieses aus Erfahrungen sowie Beobachtungen generieren. 17,9 % erwerben ihr Wissen aus Gesprächen über Musliminnen und Muslime, bspw. mit befreundeten Personen oder Arbeitskolleginnen und -kollegen, die zumindest nicht als muslimisch bezeichnet wurden. 39,7 % erhalten ihr Wissen aus dem Fernsehen, 36,1 % aus der Zeitungslektüre. Für alle Kategorien muss jedoch festgestellt werden, dass hinsichtlich der Wertung und des Einflusses der aus den Quellen erhaltenen Informationen keine Aussage getroffen werden kann. Das Internet nimmt als Wissensquelle zu diesem Sachverhalt unter den Hamburger Befragten einen so geringen prozentualen Anteil ein (ca.

55 Theoretische Modelle, die unterschiedliche Wirkungen von bspw. Massenmedien untersuchen, sind u.a. das Agenda-Setting und die Framing-Theorie (Bonfadelli und Friemel 2011: 181, 196).

56 Personen, die angaben, sehr wenig zu wissen, wurden nicht nach ihren Wissensquellen gefragt. Ebenso sind bei dieser Frage muslimische Befragte nicht enthalten.

57 Allerdings kann an dieser Stelle nicht nachgeprüft werden, ob die Musliminnen und Muslime, mit denen die Befragten Gespräche führen, sich als solche verstehen oder aufgrund der vermuteten Herkunft durch die Befragten als solche kategorisiert werden.

8,3 %), dass es in der Tabelle nicht aufgeführt wurde.[58] Das ist dahingehend interessant, da es gerade im Internet eine hohe Aktivität bzgl. islambezogener Thematiken gibt.

Das Ergebnis, dass ein Großteil des Wissens über Musliminnen und Muslimen aus Gesprächen mit eben diesen generiert wird, ist vor allem vor dem Hintergrund der sogenannten Kontakthypothese (Allport 1979 [1954]; Pettigrew 1998) interessant. Diese besagt, dass Kontakt zwischen Personengruppen unter bestimmten Voraussetzungen gegenseitige Vorurteile abbauen kann. Ebenso ist dieses Ergebnis vor dem Hintergrund interessant, dass im Austausch zwischen Personen vermittelte Informationen eine wichtige Rolle bei der Bildung von Einstellungen spielen (Bonfadelli und Friemel 2011: 144). Wird der Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Bereicherung durch die muslimische Kultur und Gesprächen mit Musliminnen und Muslimen als Wissensquelle betrachtet, dann zeigt sich, dass Personen, die ihr Wissen aus solchen Gesprächen haben, die muslimische Kultur eher als Bereicherung betrachten als jene Personen, die ihr Wissen nicht aus Unterhaltungen mit muslimischen Gesprächspartnerinnen und -partnern beziehen (Tabelle 8). Zugleich empfinden diejenigen, die ihr Wissen über Musliminnen und Muslime aus Gesprächen mit diesen haben, sie auch seltener als Belastung für das soziale Netz (Tabelle 9). Gespräche mit muslimischen Personen führen also dazu, dass eine Vielzahl der Hamburger Befragten weniger stereotyp antwortet.

Tabelle 8: **Unterschiede in der wahrgenommenen Bereicherung der muslimischen Kultur im Zusammenhang mit der Wissensquelle Gespräche in der Hamburger Bevölkerung**

| | | Gespräche mit Muslimen | |
|---|---|---|---|
| | | **genannt (n=161)** | **nicht genannt (n=212)** |
| *„Die muslimische Kultur bereichert Deutschland."* | **Zustimmung** | 77,2 | 54,0 |
| | **Ablehnung** | 19,8 | 42,5 |
| | **keine Angabe** | 3,0 | 3,5 |
| | | **100** | **100** |

Tabelle 9: **Unterschiede in der Wahrnehmung von Musliminnen und Muslimen als Belastung für das soziale Netz im Zusammenhang mit der Wissensquelle Gespräche in der Hamburger Bevölkerung**

| | | Gespräche mit Muslimen | |
|---|---|---|---|
| | | **genannt (n=161)** | **nicht genannt (n=212)** |
| *„Muslime sind eine Belastung für das soziale Netz."* | **Zustimmung** | 9,4 | 25,0 |
| | **Ablehnung** | 79,6 | 71,5 |
| | **keine Angabe** | 11,0 | 3,5 |
| | | **100** | **100** |

58 Dies könnte auch mit methodischen Einschränkungen zu tun haben. Denn diese Frage wurde in Form einer Feldvercodung gestellt, d.h. die Antwortkategorien wurden nicht vorgelesen. Daher fielen Personen, die beispielsweise Zeitungen als Quelle nennen und womöglich damit auch Online-Zeitungen implizieren, nicht in die Kategorie Internet, sondern nur dann, wenn sie explizit Online-Zeitungen nennen.

Viele Befragte in Hamburg generieren ihr Wissen aus den Medien. Auch wenn mit der Nennung von Zeitung und Fernsehen als Wissensquellen keine Deutung einhergeht, welcher Art die dort konsumierten Informationen sind und ob diese einen Einfluss auf die eigene Wahrnehmung haben, so lässt sich doch anhand unterschiedlicher Studien der vergangenen Jahre zeigen, dass das medial transportierte Islambild häufig negativ konnotiert ist (bspw. Schiffer 2005; Hafez und Richter 2007; Halm et al. 2007; Karis 2013).[59]

Tiefergehende Analysen bestätigen die Ambivalenz von Fernsehen als Informationsmedium über Musliminnen und Muslime in Deutschland. Während Personen, die ihr Wissen über Musliminnen und Muslime aus persönlichen Gesprächen mit diesen beziehen, seltener Musliminnen und Muslime als soziale Belastung wahrnehmen und die muslimische Kultur eher als bereichernd für Deutschland empfinden, ist dieser Zusammenhang bei den Hamburgerinnen und Hamburgern, die ihr Wissen über das Fernsehen generieren, weniger eindeutig. Zwar stimmen auch sie der Aussage „Die muslimische Kultur bereichert Deutschland" häufiger zu als Personen, die das Fernsehen nicht als Informationsquelle nutzen. Bei der Frage nach der Wahrnehmung von Musliminnen und Muslimen als sozialer Belastung findet sich ein solcher Zusammenhang jedoch nicht. Das Bild, was die Hamburger Bevölkerung aus dem Fernsehen zieht, scheint also sowohl positive als auch negative Darstellungen von Musliminnen und Muslimen zu vereinen. Aus diesem Fazit kann jedoch nicht über die medialen Darstellungen in ihrer Gesamtheit geschlossen werden, da unklar ist aus welchen der vielfältigen Fernsehsendungen, die jeweils ganz eigene Bilder von Musliminnen und Muslimen zeichnen, die Befragten ihr Wissen über muslimische Personen ziehen. Beachtet werden sollte bei der Interpretation zudem, dass bei der Frage nach den Wissensquellen Mehrfachnennungen möglich waren, so dass ein Vergleich zwischen der Wissensquelle Gespräche und der Wissensquelle Fernsehen nicht ohne weiteres möglich ist. Hier bedarf es daher weiterer Analysen auf der Basis von höheren Fallzahlen.

## Zwischenfazit: Hamburgerinnen und Hamburger finden, sie wissen wenig über Musliminnen und Muslime

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein Großteil der Hamburger Befragten ihr Wissen über Musliminnen und Muslimen als gering einschätzt. Im Hinblick auf die untersuchten muslimbezogenen Aussagen unterscheiden sich jedoch Personen, die ihr eigenes Wissen über Musliminnen und Muslime als hoch einschätzen, nicht von Personen, die ihr eigenes Wissen darüber als gering einstufen. Ein Unterschied kann hingegen zwischen Personen, die den Anteil der Musliminnen und Muslime an der Bevölkerung deutlich überschätzen, und Personen, die das nicht tun, festgestellt werden. So nehmen erstere Musliminnen und Muslime als aggressiver wahr als die letzteren.

Bei den Quellen des Wissens über Musliminnen und Muslime in Deutschland rangieren Gespräche mit diesen an vorderster Stelle, gefolgt von Medien wie Fernsehen und Zeitungen. Vor allem Gespräche mit Musliminnen und Muslimen können zur unterschiedlichen Bewertung dieser Gruppe führen. So nehmen Hamburgerinnen und Hamburger, die ihr Wissen über Gespräche generieren, muslimische Personen eher als Bereicherung der Kultur und seltener als Belastung für das soziale Netz wahr.

59 Eine Zusammenfassung zur Forschung zum Themenfeld „Islam in den Medien" findet sich in Karis 2013.

# III. Fazit

Insgesamt zeigt sich Hamburg seiner religiösen Vielfalt gegenüber – auch im Vergleich zum Bundesschnitt – relativ aufgeschlossen. Das ist vor allem insoweit spannend, als dass Hamburg zugleich eine starke Säkularisierung auf Individualebene erlebt.[60] Während bei der Volkszählung von 1939 noch ca. 80 % der Hamburger Bevölkerung evangelisch waren, ist dieser Anteil in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunken – so waren 1970 noch über 70 %, 1987 gerade noch über 50 % und aktuell ca. 34 % der Hamburgerinnen und Hamburger Mitglied in der evangelischen Kirche. Leicht angestiegen ist dagegen der Anteil der Katholikinnen und Katholiken, die mit 10 % allerdings noch immer in einer deutlichen Minderheitenposition sind. Die größte Gruppe stellen in Hamburg – als einzigem der westdeutschen Bundesländer – aber jene Menschen dar, die keiner Religionsgemeinschaft angehören. Möglicherweise ist aber gerade diese Erfahrung des Verlustes individueller religiöser Bindungen mit einer gleichzeitig stattfindenden Pluralisierung des religiösen Lebens der Ausgangspunkt für ein politisches Klima der Offenheit und Vielfalt. Eventuell erwächst aus dem extremen Bedeutungsverlust einer vorherrschenden Religion bei ihrer gleichzeitig weiter vorhandenen starken öffentlichen Präsenz eine grundsätzliche Anerkennung, dass der religiöse Markt beständiger Bewegung unterworfen ist und niemand letztgültige Wahrheiten innehaben kann.

Das Image Hamburgs – sowohl in der Selbst- als auch in der Außenwahrnehmung – als multikulturelle, multi-ethnische, multi-religiöse und multi-nationale Stadt ist offenbar so stark verankert, dass damit eine gewisse Gelassenheit gegenüber diesem Themensetting einhergeht. Es besteht ein solides Fundament der Toleranz gegenüber Pluralität. Auf Grundlage dieser starken demokratischen Kultur erleben die meisten Hamburgerinnen und Hamburger Diversität – darunter die muslimische Kultur – als Bereicherung, befürworten Anerkennung gegenüber unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen – so auch Musliminnen und Muslimen –, und begrüßen den Kontakt zu Menschen mit anderen kulturell-religiösen Herkunftsgeschichten – etwa muslimische Mitschülerinnen und Mitschüler an den Schulen ihrer Kinder. Abermals mag sich hier die Geschichte der Hafenstadt niederschlagen, die über Seefahrt, Handel und Einwanderung seit langem mit Migration im Stadtbild konfrontiert war und von dieser stets ökonomisch, aber auch kulturell profitierte. Gleichzeitig ist Hamburg von einer langen Tradition der Auswanderung geprägt, was sich in Empathie gegenüber Menschen, die ebenfalls auswandern mussten, auszudrücken scheint. Auch Kontakte zwischen muslimischer und nicht-muslimischer Bevölkerung sind in vielen Stadtteilen seit langem Teil des postmigrantischen Alltags und stellen einen positiven Einflussfaktor für den Abbau von Stereotypen dar.

So zieht beispielsweise der Großteil der Hamburgerinnen und Hamburger ihr Wissen zu islambezogenen Themen aus Gesprächen mit Musliminnen und Muslimen. Auch Medien wie Fernsehen und Zeitungen bilden zwar eine wichtige Wissensquelle, aber Gespräche mit Musliminnen und Muslimen setzen einen aktiven Kontakt voraus und können zu mehr Anerkennung bei den Hamburger Befragten führen. Hier zeigt sich erneut, dass der Ansatz

60 Die folgenden Daten beruhen auf den Volkszählungen Statistisches Bundesamt 1966: 38–59, 1974: 68, 1990: 20–21, sowie auf den online verfügbaren Ergebnissen des Zensus 2011 unter ergebnisse.zensus2011.de, zuletzt geprüft am 22.08.2014.

des Austauschs zwischen Menschen bei dialogisch ausgerichteten Projekten wie der Jungen Islam Konferenz zum Abbau von Stereotypen und Vorurteilen beitragen kann.

Auffallend ist die deutliche Überschätzung des Anteils von Musliminnen und Muslimen an der Bevölkerung in Deutschland, die mit einer stereotypisierenden Wahrnehmung von muslimischen Personen verbunden ist. Sie verweist darauf, dass das tolerante Fundament auch deutliche Risse zeigt, vertritt doch etwa ein Drittel der Hamburgerinnen und Hamburger exkludierende Ansichten. Sie sind gegenüber muslimischen Mitschülerinnen und –schülern auf den Schulen ihrer Kinder skeptisch oder fühlen sich durch Musliminnen und Muslime in ihrer Sicherheit, Ordnung, Religion oder sozialem Miteinander bedroht. Die medialen Debatten der letzten Jahre haben in der Hansestadt anscheinend ihre Wirkung gezeigt, docken diese Vorstellungen doch an weit verbreitete antimuslimische Stereotype als Sozialschmarotzer, Bildungsversager, Gewalttäter oder Terroristen an. Und ausgrenzende Denkweisen, nach denen Musliminnen und Muslime stets „das Andere" des „deutschen Wirs" bleiben, verweisen vielleicht auf die Hartnäckigkeit eines ethnisierten Verständnisses von Staatsbürgerschaft trotz veränderter Gesetzeslage im Jahr 2000.

Um diesen Tendenzen und Rissen entgegenzusteuern, gälte es, an den historischen wie gegenwärtigen positiven Bezugspunkten zu Diversität anzuknüpfen. Diese hieße es in der Politik wie im öffentlichen Diskurs auszubauen – dabei kann auf den Rückhalt eines signifikanten Anteils der Bevölkerung gezählt werden.

# Abbildungsverzeichnis

## Abbildungen


Abbildung 1: Einstellungen zur religiösen Beschneidung in der Hamburger Bevölkerung ..... 29

Abbildung 2: Einstellungen zum Moscheebau in der Hamburger Bevölkerung ..... 31

Abbildung 3: Einstellungen zu (islamischem) Religionsunterricht in der Hamburger Bevölkerung ..... 34

Abbildung 4: Einstellungen in der Hamburger Bevölkerung zu Kopftuch und religiösen Symbolen in der Schule ..... 35

Abbildung 5: Einstellungen der Hamburger Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen bezüglich kultureller, struktureller, sozialer und emotionaler Anerkennung ..... 38

Abbildung 6: Wahrnehmung von Musliminnen und Muslimen in Abgrenzung zu einer Wir-Gruppe in der Hamburger Bevölkerung ..... 40

Abbildung 7: Einschätzung des eigenen Wissens über Musliminnen und Muslime in der Hamburger Bevölkerung ..... 43

Abbildung 8: Schätzung des Anteils der Musliminnen und Muslime an der Bevölkerung in Deutschland durch die Hamburger Befragten ..... 44

# Tabellen

Tabelle 1: Zusammenhang zwischen kultureller und emotionaler Anerkennung in der Hamburger Bevölkerung ..... 39

Tabelle 2: Am häufigsten wahrgenommene Bedrohungen in der Hamburger Bevölkerung ..... 39

Tabelle 3: Zusammenhang zwischen geschätzter Bildungsorientierung und sozialer Anerkennung in der Hamburger Bevölkerung ..... 41

Tabelle 4: Zusammenhang zwischen sozialer und emotionaler Anerkennung in der Hamburger Bevölkerung ..... 41

Tabelle 5: Zusammenhang zwischen dem selbst eingeschätzten Wissen und dem geschätzten Anteil von Musliminnen und Muslimen in Deutschland bei den Hamburger Befragten ..... 45

Tabelle 6: Zusammenhang zwischen der Beantwortung der Frage zur Aggressivität von Musliminnen und Muslimen und der Schätzung ihres Anteils in Deutschland bei den Hamburger Befragten ..... 45

Tabelle 7: Am häufigsten genannte Wissensquellen der Hamburger Bevölkerung zu Musliminnen und Muslimen ..... 46

Tabelle 8: Unterschiede in der wahrgenommenen Bereicherung der muslimischen Kultur im Zusammenhang mit der Wissensquelle Gespräche in der Hamburger Bevölkerung ..... 47

Tabelle 9: Unterschiede in der Wahrnehmung von Musliminnen und Muslimen als Belastung für das soziale Netz im Zusammenhang mit der Wissensquelle Gespräche in der Hamburger Bevölkerung ..... 47

# Literaturverzeichnis


Allport, Gordon W. (1979 [1954]): The Nature of Prejudice. 25th Anniversary Edition. New York: Perseus Books Publishing.

Asad, Talal (2003): Formations of the secular. Christianity, Islam, modernity. Stanford: Stanford University Press.

Babka von Gostomski, Christian; Küpper, Beate; Heitmeyer, Wilhelm (2007): Fremdenfeindlichkeit in den Bundesländern. Die schwierige Lage in Ostdeutschland. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 102–128.

*BASFI* – Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (2013): Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt. Hamburger Integrationskonzept. Hamburg. Online verfügbar unter http://www.hamburg.de/contentblob/128792/data/konzept.pdf, zuletzt geprüft am 09.08.2014.

*BASFI* – Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (06.06.2013): Hamburg unterstützt engagierte Muslime. Start des Projektes „Muslimische Gemeinden als lokale Akteure". Hamburg. Online verfügbar unter http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/4000626/2013-06-06-basfi-muslimische-gemeinden/, zuletzt geprüft am 19.06.2014.

Baumgärtner, Maik (2011): Rechtspopulismus in Hamburg. MBT Hamburg. Hamburg. Online verfügbar unter http://hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D170796098.pdf, zuletzt geprüft am 19.06.2014.

Behloul, Samuel M. (2010): Vom öffentlichen Thema zur öffentlichen Religion? Probleme und Perspektiven des Islam im Westen am Beispiel der Schweiz. In: Baumann, Martin; Neubert, Frank (Hg.): Religionspolitik – Öffentlichkeit – Wissenschaft. Studien zur Neuformierung von Religion in der Gegenwart. Zürich: Pano, S. 127–150.

Beigang, Steffen; Kalkum, Dorina; Schrenker, Markus (2014): Methodenbericht zur Studie „Deutschland postmigrantisch". ZeS Berlin. Online verfügbar unter http://junited.hu-berlin.de/Forschung/repraesentativbefragung, zuletzt geprüft am 28.08.2014.

Bertelsmann-Stiftung (2008): Hamburg – Zuwanderer in der Verwaltung. Online verfügbar unter http://www.wegweiser-kommune.de/projekte/kommunal/hamburg/hamburg-zuwanderer-in-der-verwaltung, zuletzt geprüft am 17.06.2014.

von Blumenthal, Julia (2009): Das Kopftuch in der Landesgesetzgebung. Governance im Bundesstaat zwischen Unitarisierung und Föderalisierung. Baden-Baden: Nomos.

*BMI* – Bundesministerium des Inneren (2014): Verfassungsschutzbericht 2013. Berlin. Online verfügbar unter http://www.verfassungsschutz.de/download/vsbericht-2013.pdf, zuletzt geprüft am 27.08.2014.

Bonfadelli, Heinz; Friemel, Thomas N. (2011): Medienwirkungsforschung. 4. Aufl. Konstanz, München: UVK.

Brandt, Sebastian; Maennig, Wolfgang; Richter, Felix (2013): Do places of worship affect housing prices? Evidence from Germany. Hamburg. Online verfügbar unter http://econpapers.repec.org/scripts/redir.plex?u=http://www.hced.uni-hamburg.de/WorkingPapers/HCED-048.pdf;h=repec:hce:wpaper:048.

Broden, Anne; Mecheril, Paul (2007): Migrationsgesellschaftliche Re-Präsentationen. Eine Einführung. In: Broden, Anne; Mecheril, Paul (Hg.): Re-Präsentationen. Dynamiken der Migrationsgesellschaft. Düsseldorf, S. 7–28.

Brumlik, Micha (2012): "Judentum und Islam hier nicht erwünscht". In: *Frankfurter Rundschau*, 02.07.2012. Online verfügbar unter http://www.fr-online.de/kultur/beschneidung--judentum-und-islam-hier-nicht-erwuenscht-,1472786,16529678.html, zuletzt geprüft am 10.08.2014.

*BSB* – Behörde für Schule und Berufsentwicklung (21.02.2014): Jugendliche provozieren an einigen Schulen mit religiösem Extremismus. Schulbehörde setzt auf klare Regeln und Information. Hamburg. Online verfügbar unter http://www.hamburg.de/bsb/pressemitteilungen/4273806/2014-02-21-bsb-vielfalt/, zuletzt geprüft am 06.07.2014.

*BT* – Deutscher Bundestag (2012a): Rechtliche Regelung der Beschneidung minderjähriger Jungen. Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP (Drucksache, 17/10331). Online verfügbar unter http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/103/1710331.pdf, zuletzt geprüft am 06.08.2014.

*BT* – Deutscher Bundestag (2012b): Entwurf eines Gesetzes über den Umfang der Personensorge bei einer Beschneidung des männlichen Kindes. Gesetzentwurf der Bundesregierung (Drucksache, 17/11295). Online verfügbar unter http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/112/1711295.pdf, zuletzt geprüft am 05.09.2014.

*BT* – Deutscher Bundestag (2014): Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Drucksache, 18/1627). Online verfügbar unter http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/016/1801627.pdf, zuletzt geprüft am 06.07.2014.

*Bürgerschaft HH* – Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2011): Anti-Islam-Szene in Hamburg. Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Christiane Schneider (DIE LINKE) und Antwort des Senats (Drucksache, 20/1102).

*Bürgerschaft HH* – Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2013): Mobilisierung gegen die fortschreitende Islamisierung. Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Christiane Schneider (DIE LINKE) und Antwort des Senats (Drucksache, 20/7196).

*Bürgerschaft HH* – Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2014a): Ist das Klima religiöser Toleranz an Hamburgs Schulen gefährdet? Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Karin Prien (CDU) und Antwort des Senats (Drucksache, 20/10969).

*Bürgerschaft HH* – Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2014b): Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU). Ermittlungen, Aufarbeitung, Konsequenzen in Hamburg und in der Zusammenarbeit der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Länder. Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Drucksache, 20/11661).

*Bürgerschaft HH* – Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2014c): Welche Auswirkungen haben die Verträge mit den islamischen Verbänden und der Alevitischen Gemeinde auf unsere Hamburger Schulen? Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Karin Prien und Christoph de Vries (CDU) und Antwort des Senats (Drucksache, 20/12206).

Cakir, Naime (2014): Islamfeindlichkeit. Anatomie eines Feindbildes in Deutschland. Bielefeld: transcript.

Çelikkol, Meryem D.; Kersten, Doris (2012): Ein gutes Beispiel lebendiger Willkommenskultur: die Einbürgerungsinitiative des Hamburger Senats. BAMF-Tagung am 02. und 03. Juli 2012 "Deutsche(r) werden – Deutsche(r) bleiben?". Hamburg. Online verfügbar unter http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Themendossiers/Tagung-Deutscher-werden-2012/20120702-tagung-einbuergerung-7-celikkol-kersten.pdf, zuletzt geprüft am 04.07.2014.

Ceylan, Rauf; Kiefer, Michael (2013): Salafismus. Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention. Wiesbaden: Springer VS.

Darnstädt, Thomas (2012): Beschneidungsdebatte: Ein großer Schnitt für den Rechtsstaat. In: *Spiegel-Online*, 24.07.2012. Online verfügbar unter http://www.spiegel.de/politik/deutschland/beschneidungsdebatte-politische-und-juristische-komplikationen-a-845836.html, zuletzt geprüft am 04.09.2014.

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig. Leipzig. Online verfügbar unter http://www.uni-leipzig.de/~kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf, zuletzt geprüft am 01.09.2014.

Dernbach, Andrea (2012): „Bizarre Missachtung kindlicher Rechte". In: *Der Tagesspiegel*, 29.09.2012. Online verfügbar unter http://www.tagesspiegel.de/politik/beschneidungsdebatte-bizarre-missachtung-kindlicher-rechte/7195488.html, zuletzt geprüft am 28.08.2014.

Doedens, Folkert; Weiße, Wolfram (2007): Religion unterrichten in Hamburg. In: *Zeitschrift für Religionspädagogik* 6 (1), S. 50–67.

Fincke, Gunilla; Lange, Simon (2012): Segregation an Grundschulen: Der Einfluss der elterlichen Schulwahl. *SVR* – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Berlin. Online verfügbar unter http://www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2012/11/Segregation_an_Grundschulen_SVR-FB_WEB.pdf, zuletzt geprüft am 01.09.2014.

Foroutan, Naika (2012): Muslimbilder in Deutschland. Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Friedrich Ebert Stiftung. Berlin (WISO Diskurs). Online verfügbar unter http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09438.pdf, zuletzt geprüft am 27.08.2014.

Gesemann, Frank; Roth, Roland (2014): Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern. Friedrich Ebert Stiftung; Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration. Berlin. Online verfügbar unter http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10528-20140317.pdf, zuletzt geprüft am 01.09.2014.

Grabowski, Werner (2001): Leben und Wohnen in Hamburg. Teil 1 – Einstellungen von Deutschen zu Migrantinnen und Migranten. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Sommer 1999 in Hamburg. Hamburg.

Hafez, Kai; Richter, Carola (2007): Das Islambild von ARD und ZDF. In: *Aus Politik und Zeitgeschehen* (26–27), S. 40–46.

Hallenberg, Bernd (2007): Migranten und der Hamburger Wohnungsmarkt. Ein Beitrag zum vhw-Verbandstag 2007. In: *Forum Wohneigentum* 8 (5), S. 255–260.

Halm, Dirk; Liakova, Marina; Yetik, Zeliha (2007): Pauschale Islamfeindlichkeit? Zur Wahrnehmung des Islams und zur soziologischen Teilhabe der Muslime in Deutschland. In: Jäger, Siegfried; Halm, Dirk (Hg.): Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis. Münster: Unrast, S. 11–49.

*Hamburger Abendblatt* (2011): Aleviten eröffnen erstes Hamburger Cem-Haus. In: *Hamburger Abendblatt*, 18.02.2011. Online verfügbar unter http://www.abendblatt.de/hamburg/article1790608/Aleviten-eroeffnen-erstes-Hamburger-Cem-Haus.html, zuletzt geprüft am 27.08.2014.

Hartleb, Florian (2013): Schill-Partei (Partei Rechtsstaatlicher Offensive). In: Decker, Frank; Neu, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. 2. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, S. 381–387.

Haug, Sonja; Müssig, Stephanie; Stichs, Anja (2009): Muslimisches Leben in Deutschland im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg. Online verfügbar unter http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/566008/publicationFile/31710/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.pdf, zuletzt geprüft am 31.08.2014.

Häusler, Alexander (2008): Einleitung. In: Häusler, Alexander (Hg.): Rechtspopulismus als "Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–16.

Häusler, Alexander (2011): Die „PRO-Bewegung" und der antimuslimische Kulturrassismus von Rechtsaußen. Friedrich Ebert Stiftung. Berlin. Online verfügbar unter http://library.fes.de/pdf-files/do/08253.pdf, zuletzt geprüft am 28.08.2014.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2012): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp.

*HH* – Freie und Hansestadt Hamburg; *AABF* – Alevitischen Gemeinde Deutschland e. V. (2012): Vertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Alevitischen Gemeinde Deutschland e. V. Hamburg. Online verfügbar unter http://www.hamburg.de/contentblob/3551366/data/download-alevitische-gemeinde.pdf, zuletzt geprüft am 16.06.2014.

*HH* – Freie und Hansestadt Hamburg; *DITIB HH* – DITIB-Landesverband Hamburg; *SCHURA* – SCHURA – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg; *VIKZ* – Verband der Islamischen Kulturzentren (2012): Vertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, dem DITIB-Landesverband Hamburg, SCHURA – Rat der Islamischen Gemeinschaften in Hamburg und dem Verband der Islamischen Kulturzentren. Hamburg. Online verfügbar unter http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/data/download-muslim-verbaende.pdf, zuletzt geprüft am 16.06.2014.

Kaiser, Lena (2014): Die Früchte jahrelanger Debatten. In: *die tageszeitung*, 18.07.2014. Online verfügbar unter http://www.taz.de/!142642/, zuletzt geprüft am 11.08.2014.

Karakayalı, Jule; zur Nieden, Birgit (2014): Klasseneinteilungen. Zur Geschichte und Gegenwart von Segregation in Berliner Schulen. In: *Berliner Blätter* (65), S. 77–93.

Karis, Tim (2013): Mediendiskurs Islam. Narrative in der Berichterstattung der Tagesthemen 1979–2010. Wiesbaden: Springer VS.

Karpen, Ulrich (2006): Verfassungsrecht. In: Hoffmann-Riem, Wolfgang; Koch, Hans-Joachim (Hg.): Hamburgisches Staats- und Verwaltungsrecht. 3. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 25–53.

Knobloch, Charlotte (2012): Wollt ihr uns Juden noch? In: *Süddeutsche Zeitung*, 05.09.2012, S. 2.

Koch, Marion; Reinig, Joachim (2013): Moscheen und Gebetsräume in Hamburg. Untersuchung der räumlichen Situation. Hamburg. Online verfügbar unter http://www.schurahamburg.de/images/stories/downloads/Bericht_Moscheen_und_Gebetsraeume_in_Hamburg_2013.pdf, zuletzt geprüft am 06.08.2014.

Kraetzer, Ulrich (2014): Salafisten. Bedrohung für Deutschland? Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

Kraft, Sabine (2002): Islamische Sakralarchitektur in Deutschland. Eine Untersuchung ausgewählter Moschee-Neubauten. Münster, Hamburg, London: Lit.

Krebs, Felix (2014): NSU-Morde in Hamburg: Aufklärung möglich. Publikative.org. Online verfügbar unter http://www.publikative.org/2014/06/23/nsu-mord-in-hamburg-aufklaerung-moeglich, zuletzt geprüft am 11.08.2014.

Kulturbehörde Hamburg (08.07.2014): Aufarbeitung des „kolonialen Erbes". Hamburg. Online verfügbar unter http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/nofl/4328702/koloniales-erbe/, zuletzt geprüft am 09.08.2014.

Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg (2014): Verfassungsschutzbericht 2013. Hamburg. Online verfügbar unter http://www.hamburg.de/contentblob/4298920/data/verfassungsschutzbericht-2013-fhh.pdf, zuletzt geprüft am 02.09.2014.

Lee, Lois (2011): From "neutrality" to dialogue: Constructing the religious other in British non-religious discourses. In: Modernities Revisited. Junior Visiting Fellows' Conferences, Vol. XXIX. Wien. Online verfügbar unter http://www.iwm.at/publications/5-junior-visiting-fellows-conferences/lois-lee-2/, zuletzt geprüft am 04.09.2014.

Leggewie, Claus; Joost, Angela; Rech, Stefan (2002): Der Weg zur Moschee – eine Handreichung für die Praxis. Herbert-Quandt-Stiftung. Bad Homburg v. d. Höhe. Online verfügbar unter http://www.herbert-quandt-stiftung.de/files/publications/der_weg_zur_moschee_leggewie_joost_rech_6_19cb84.pdf, zuletzt geprüft am 03.09.2014.

*MBT* – Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (2013): Die extreme Rechte in Hamburg 2013: Kaum wahrnehmbar und doch beunruhigend aktiv. Hamburg. Online verfügbar unter http://hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D225057858.pdf, zuletzt geprüft am 11.08.2014.

Merkel, Angela (2014): Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel vor dem Bundestag. *BT* – Deutscher Bundestag. Berlin, 01.09.2014. Online verfügbar unter http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2014/2014-09-01-bt-merkel.html, zuletzt geprüft am 01.09.2014.

*OSI* – Open Society Institute (2010a): Muslime in Hamburg. Forschungsergebnisse und Empfehlungen. Online verfügbar unter http://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/h-muslims-hamburg-gm-factsheet-20100629_0.pdf, zuletzt geprüft am 07.07.2014.

*OSI* – Open Society Institute (2010b): Muslime in Hamburg. New York, London, Budapest. Online verfügbar unter http://www.opensocietyfoundations.org/sites/default/files/d-muslims-hamburg-gm-20100629_0.pdf, zuletzt geprüft am 01.09.2014.

Petersen, Thomas (2012): Die Furcht vor dem Morgenland im Abendland. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.11.2012. Online verfügbar unter http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-studie-die-furcht-vor-dem-morgenland-im-abendland-11966471.html, zuletzt geprüft am 08.07.2014.

Pettigrew, Thomas F. (1998): Intergroup Contact Theory. In: *Annual Review of Psychology* 49, S. 65–85.

Pollack, Detlef (2010): Studie "Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt". Bevölkerungsumfrage des Exzellenzclusters "Religion und Politik" unter Leitung des Religionssoziologen Prof. Dr. Detlef Pollack. Westfälische Wilhelms-Universität Münster. Münster. Online verfügbar unter https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2010/12_2010/studie_wahrnehmung_und_akzeptanz_religioeser_vielfalt.pdf, zuletzt geprüft am 07.07.2014.

Pollack, Detlef; Müller, Olaf (2013): Religionsmonitor. Verstehen was verbindet. Religiosität und Zusammenhalt in Deutschland. Bertelsmann-Stiftung. Gütersloh. Online verfügbar unter http://www.religionsmonitor.de/pdf/Religionsmonitor_Deutschland.pdf, zuletzt geprüft am 08.07.2014.

Rabinovici, Doron (2012): Im Hintergrund schwelen Kastrationsängste. In: *Süddeutsche Zeitung*, 11.07.2012, S. 13. Online verfügbar unter http://www.sueddeutsche.de/kultur/kritik-an-ritueller-beschneidung-im-hintergrund-schwelen-kastrationsaengste-1.1408075, zuletzt geprüft am 01.09.2014.

Rommelspacher, Birgit (2009): Konflikt als Chance. Der Moscheebau als Medium der Integration. In: Micksch, Jürgen (Hg.): Antimuslimischer Rassismus. Konflikte als Chance. Frankfurt am Main: Lembeck, S. 57–67.

Schiffauer, Werner (2006): Verfassungsschutz und islamische Gemeinden. In: Kemmesies, Uwe E. (Hg.): Terrorismus und Extremismus – der Zukunft auf der Spur. Beiträge zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus – Möglichkeiten und Grenzen einer prognostischen Empirie. München: Luchterhand, S. 237–254.

Schiffauer, Werner (2010): Nach dem Islamismus. Eine Ethnographie der islamischen Gemeinschaft Milli Görüş. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Schiffauer, Werner (2014): Verfassungsschutz als Reformbremser. In: *Frankfurter Rundschau*, 17.06.2014. Online verfügbar unter http://www.fr-online.de/meinung/islam-in-deutschland-verfassungsschutz-als-reformbremser,1472602,27523656.html, zuletzt geprüft am 02.09.2014.

Schiffer, Sabine (2005): Die Darstellung des Islams in der Presse. Sprache, Bilder, Suggestionen. Eine Auswahl von Techniken und Beispielen. Würzburg: Ergon.

Schnapp, Kai-Uwe; Bock, Olaf (2012): Politische Stimmungen in der Freien und Hansestadt Hamburg. Universität Hamburg. Hamburg (WiSo-HH Working Paper Series, 02). Online verfügbar unter http://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/einrichtungen/forschungslabor/WorkingPaper_02_BockSchnapp.pdf, zuletzt geprüft am 05.08.2014.

Senatskanzlei Hamburg (2012): Fragen und Antworten zu den Verträgen Hamburgs mit den muslimischen Verbänden und der Alevitischen Gemeinde. Hamburg. Online verfügbar unter http://www.hamburg.de/contentblob/3552084/data/downlaod-faq-vertraege-muslime.pdf, zuletzt geprüft am 16.06.2014.

Shooman, Yasemin (2014): "… weil ihre Kultur so ist.". Narrative des antimuslimischen Rassismus. Bielefeld: transcript.

*Statistik Nord* – Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (10.10.2013): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen Ende 2012. 30 Prozent aller Hamburgerinnen und Hamburger haben einen Migrationshintergrund. Hamburg. Online verfügbar unter https://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standocuments/SI_SPEZIAL_VI_2013_02.pdf, zuletzt geprüft am 04.07.2014.

*Statistik Nord* – Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2014): Ausländische Bevölkerung in Hamburg am 31.12.2013. Hamburg. Online verfügbar unter http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standocuments/A_I_4_j13_HH.pdf, zuletzt geprüft am 02.09.2014.

*Statistik Nord* – Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (03.02.2014): Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hamburg 2012. Migrantinnen und Migranten überdurchschnittlich jung. Hamburg. Online verfügbar unter http://www.statistik-nord.de/daten/bevoelkerung-und-gebiet/bevoelkerungsstand-und-entwicklung/dokumentenansicht/print/bevoelkerung-mit-migrationshintergrund-in-hamburg-2012/, zuletzt geprüft am 24.06.2014.

Statistisches Bundesamt (1966): Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961. Heft 5: Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit. Fachserie 1. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (1974): Volkszählung am 27. Mai 1970. Heft 6: Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit. Fachserie A: Bevölkerung und Kultur. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (1990): Volkszählung vom 25. Mai 1987. Heft 6: Religionszugehörigkeit der Bevölkerung. Fachserie 1. Wiesbaden.

Steinberg, Guido (2012): Wer sind die Salafisten? Zum Umgang mit einer schnell wachsenden und sich politisierenden Bewegung. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin (SWP-Aktuell, 28). Online verfügbar unter http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A28_sbg.pdf, zuletzt geprüft am 28.08.2014.

Stutz, Ulrich (1924): Das Studium des Kirchenrechts an den deutschen Universitäten. In: *Deutsche Akademische Rundschau* 6 (12. Semesterfolge Nr. 5), S. 1–4.

Tajfel, Henry; Turner, John C. (1986): The social identity theory of intergroup behavior. In: Worchel, Stephen; Austin, William G. (Hg.): Psychology of intergroup relations. Chicago: Nelson-Hall Publishers, S. 7–24.

Uzun, Nebahat (2011): Muhteşem Cemevine görkemli açılış. In: *Europa haber*, 19.02.2011. Online verfügbar unter http://www.europahaber.com/haber-En-yakisiklisi-Mete-en-guzeli-Bilge-496/haber-Muhtesem-Cemevine-gorkemli-acilis-1670/, zuletzt geprüft am 19.08.2014.

Yendell, Alexander (2014): Warum die Bevölkerung Ostdeutschlands gegenüber Muslimen ablehnender eingestellt ist als die Bevölkerung Westdeutschlands. In: Pollack, Detlef; Müller, Olaf; Rosta, Gergely; Friedrichs, Nils; Yendell, Alexander (Hg.): Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa. Wiesbaden: Springer VS, S. 59–78.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Friedrich Ebert Stiftung. Berlin. Online verfügbar unter http://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf.

# Kontakt

Humboldt-Universität zu Berlin
www.hu-berlin.de

Stiftung Mercator
www.stiftung-mercator.de

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung
www.bim.hu-berlin.de

Forschungsgruppe „Junge Islambezogene Themen in Deutschland“
http://junited.hu-berlin.de

Zentrum für empirische Sozialforschung
www.sowi.hu-berlin.de/lehrbereiche/empisoz/zes

Junge Islam Konferenz
www.junge-islamkonferenz.de

Die Forschungsgruppe JUNITED – Junge Islambezogene Themen in Deutschland untersucht das Reaktionsspektrum auf das sich wandelnde Einwanderungsland Deutschland in Bezug auf die Themen Islam und Muslime aus transdisziplinärer Perspektive. Im Zuge dessen führt JUNITED die wissenschaftliche Begleitung des Projekts „Junge Islam Konferenz" durch. Die Forschungsgruppe ist unter der Leitung von Dr. Naika Foroutan im Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin angesiedelt. JUNITED ist ein Förderprojekt der Stiftung Mercator.

Stiftung Mercator

JUNGE ISLAM KONFERENZ